

GUTE GESUNDE SCHULEN PLANEN UND BAUEN

*Anforderungen an einen
zeitgemäßen Schulbau*

GUTE GESUNDE SCHULEN PLANEN UND BAUEN

*Anforderungen an einen
zeitgemäßen Schulbau*

INHALT

Herausgegeben von der
Unfallkasse Nordrhein-Westfalen
in Kooperation mit der
Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft
und der Montag Stiftung Urbane Räume

Der Text ist ein gekürzter, leicht bearbeiteter Auszug aus dem
Buch »Schulen planen und bauen – Grundlagen und Prozesse«,
erschienen im jovis Verlag (Berlin) und
im Friedrich Verlag (Seelze), 2. Auflage 2012.

Autorenteam: Ernst Hubeli, Ulrich Paßlick,
Kersten Reich, Jochem Schneider, Otto Seydel

VORWORT S. 4

EINLEITUNG S. 6

1.

WARUM WIR ANDERE SCHULEN BRAUCHEN S. 10

2.

10 THESEN FÜR DIE SCHULE VON HEUTE S. 16

3.

NUTZER/INNEN UND RÄUME IM WANDEL S. 28
NUTZER/INNEN UND AKTIVITÄTEN
QUALITÄTEN
RÄUME

4.

PROZESS UND BETEILIGUNG S. 46

5.

FAQ – FRAGEN UND ANTWORTEN S. 54

IMPRESSUM S. 60

Die Unfallkasse Nordrhein-Westfalen hat als Träger der gesetzlichen Unfallversicherung unter anderem die Aufgabe, die Sicherheit und Gesundheit in den nordrhein-westfälischen Schulen zu erhalten und zu fördern. Sie tut dies seit einigen Jahren auf der Grundlage des Ansatzes der integrierten Gesundheits- und Qualitätsentwicklung mit dem Leitmotiv »Gute gesunde Schule«. Der Ansatz »Gute gesunde Schule« geht von der Prämisse aus, dass zwischen Gesundheitsförderung und Prävention einerseits und Qualitätsentwicklung andererseits eine gegenseitige Abhängigkeit und Beeinflussung bestehen. Eine hohe Qualität von Schule in Bezug auf die Ergebnisse und Arbeitsprozesse ist nachhaltig nur zu sichern, wenn die Akteurinnen und Akteure über ein gewisses Mindestmaß an physischer und psychischer Gesundheit verfügen. Gleichzeitig müssen die schulischen Anforderungen, Arbeitsbedingungen und Ergebnisse die Gesundheit, Arbeitszufriedenheit und Leistungsfähigkeit aller schulischen Akteurinnen und Akteure erhalten und fördern. Prävention und Gesundheitsförderung sind nicht Selbstzweck mit dem alleinigen Ziel, die Sicherheit und Gesundheit in den Schulen zu sichern, wiederherzustellen und zu fördern, sondern eher ein intermediäres Ziel. Demzufolge geht es im Konzept »Gute gesunde Schule« nicht mehr nur um die Prävention und Gesundheitsförderung durch die Schule, sondern auch und vor allem um die Bildungsförderung durch Gesundheit. Wer sich Gedanken darüber macht, wie sich gute gesunde Schulen entwickeln können, muss sich zwangsläufig auch mit den Gebäuden und Räumen beschäftigen, in denen die schulischen Bildungs- und Erziehungsprozesse stattfinden. Gesundheitsförderung und Prävention dürfen sich nicht auf die inneren Strukturen und Prozesse der Schule beschränken, sondern müssen auch die Struktur des Gebäudes, die Variabilität der Räume und Flexibilität der Ausstattung der Schule in den Blick nehmen. Die Entwicklung beider Bereiche muss aufeinander abgestimmt werden, denn die baulich-räumliche Gestaltung kann die Entwicklung zur guten gesunden Schule wesentlich befördern.

Der Zustand und die Gestaltung der Lernorte, die Art und Weise, wie diese miteinander in Beziehung stehen, das Ineinanderfließen von Innen und Außen, das richtige Verhältnis zwischen persönlichen Räumen und Gemeinschaftsräumen, die Anordnung der verschiedenen Lernlandschaften, die farbliche Gestaltung oder die Sauberkeit der Räumlichkeiten beeinflussen nachhaltig die Lernprozesse und das Wohlbefinden sowohl der Schülerinnen und Schüler als auch der Lehrerinnen und Lehrer. Der Raum wirkt auf die Menschen, die in ihm tätig sind. Er kann aktivieren oder einschläfern, aggressiv machen oder beruhigen. Er kann die Arbeit unterstützen oder behindern. Das heißt: Die Gestaltung eines Raumes determiniert in einem hohen Maße das, was sich darin entwickelt. Man bezeichnet das Schulgebäude deshalb auch als »dritten Pädagogen«: neben den Kindern und Jugendlichen, die die ersten, und den Erwachsenen, die die zweiten Pädagogen sind. Mit der vorliegenden Broschüre möchten wir unseren Mitgliedern Anregungen geben zur aktuellen Diskussion rund um die Um- und Neugestaltung von Schulbauten. Dabei stehen weniger sicherheitstechnische Aspekte der Prävention im Mittelpunkt der Ausführungen. Ziel ist vielmehr die Zusammenführung und Verschränkung von präventiven und gesundheitsförderlichen pädagogischen und planerischen Perspektiven, die bereits bei der Planung des Schulbaus oder -umbaus berücksichtigt werden müssen, um den komplexen Anforderungen einer guten gesunden Schule gerecht werden zu können. Die vorliegende Broschüre ist im Wesentlichen eine gekürzte Fassung des Buches »Schulen planen und bauen«, das von der Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft und der Montag Stiftung Urbane Räume im Jahr 2012 herausgegeben wurde.

Wir bedanken uns bei beiden Stiftungen, insbesondere bei den Vorständen Dr. Karl-Heinz Imhäuser und Frauke Burgdorff, für die Genehmigung des auszugsweisen Nachdrucks und für die Unterstützung bei der Realisierung der Veröffentlichung.

EINLEITUNG

Neue Anforderungen wie Ganzttag und Inklusion, die zunehmende Notwendigkeit, die Gesundheit der schulischen Akteurinnen und Akteure in den Blick zu nehmen und nicht zuletzt ein grundlegender Wandel im pädagogischen Verständnis von Schule stellen auch die für den Schulbau Verantwortlichen in den kommenden Jahren vor große Herausforderungen. Hinzu kommt, dass vielfach die finanziellen Mittel für notwendige Schulbaumaßnahmen fehlen und voraussichtlich auch weiterhin fehlen werden. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie die Akteurinnen und Akteure aus Pädagogik, Architektur und Kommune gemeinsam ein gelungenes Schulbauprojekt entwickeln können.

Wie lässt sich ein Schulgebäude – das eine Nutzungsdauer von mehr als 50 Jahren hat – zukunftsorientiert gestalten, obwohl sich die Anforderungen an die Schule kontinuierlich verändern? Diese Fragen wurden in der Vergangenheit bei Schulneubauten und -umbauten oftmals nicht befriedigend behandelt. Denn eine Praxis des Dialogs zwischen Nutzerinnen und Nutzern auf der einen Seite, Architektinnen und Architekten, Verwaltungen und kommunalen politischen Gremien auf der anderen war – außer bei freien Schulen – bisher nur selten üblich. Ziel ist die Zusammenführung und Verschränkung von gesundheitsbezogenen pädagogischen und planerischen Perspektiven, um allen beteiligten Gruppen – Nutzer/innen, Planer/innen und Entscheider/innen – beim Start des Projekts zu einer gemeinsamen Basis zu verhelfen. In dieser »Phase Null«, also vor Beginn der eigentlichen Entwurfsplanung, werden für die Definition der Nutzungsanforderungen und des Raumprogramms die entscheidenden Weichen gestellt: Fehler und Nachlässigkeiten, die in dieser Phase passieren, können in späteren Planungsphasen kaum kompensiert werden – die Folgekosten sind nicht absehbar. Mehr denn je erfordert der Zwang zum wirtschaftlichen Umgang mit den knappen finanziellen Ressourcen der Schulträger heute eine solide und belastbare Grundlagenarbeit beim Einstieg in den Planungsprozess. Die damit gestellte Aufgabe ist anspruchsvoll. Die erste Herausforderung für die Formulierung der Bauaufgabe besteht darin, dass jedes Schulprogramm unvermeidlich in sich selbst widersprüchliche Zielkonflikte birgt, die auch räumlich adressiert werden müssen. Wenn die Schule ihre räumlichen Bedarfe für die Planung definieren soll, muss das pädagogische Konzept belastbar sein. Die zweite Herausforderung: Umfeldbedingungen und Personal-konstellationen wechseln an einer Schule ständig, deshalb ist eine hohe Flexibilität in der räumlichen Organisation wichtig. Gleichzeitig steht ein Bauwerk aber per se für Langfristigkeit und Dauerhaftigkeit und kann nur in klaren Grenzen bauliche Anpassungen und Entwicklungsoptionen ermöglichen. Herausforderungen wie

diese treten in einem Schulbauprozess immer wieder auf. Sie können nur dort gelöst werden, wo sie entstehen: an der Schnittstelle aller beteiligten Disziplinen vor Ort.

Dabei gilt es auch, geläufige Vorurteilmuster zu überwinden: »Lehrer/innen stellen unrealistische Forderungen«, »Architektinnen und Architekten kennen den Alltag einer Schule nicht«, »Die Verwaltung blockiert viele gute Ansätze«, »Die Politik betont zwar den hohen Stellenwert von Bildung, die wenigen vorhandenen Mittel werden aber woanders investiert« etc. Die Erfahrung zeigt: Diese Vorurteile können überwunden werden, wenn zu Beginn des Prozesses die jeweiligen Perspektiven geklärt und auf das gemeinsame Ziel hin zusammengeführt werden.

AUFBAU

Kapitel 1 diskutiert die Anlässe, warum der Schulbau neue Impulse braucht und das Thema heute besondere Priorität hat.

Kapitel 2 beschreibt in 10 Thesen in knapper Form die zentralen Herausforderungen, die aus dem grundlegenden Wandel der Pädagogik für die Partner/innen im Schulbau entstehen.

Kapitel 3 bietet unter der Überschrift »Nutzer/innen und Räume im Wandel« Hinweise zu veränderten Nutzungsmustern und den sich daraus ergebenden räumlichen Konsequenzen.

Kapitel 4 skizziert Aspekte einer integrierten Schulbauplanung.

Kapitel 5 gibt Antworten auf häufig gestellte Fragen (FAQ).

AUTORENTEAM:

Univ.-Prof. Ernst Hubeli, Dipl.-Architekt ETH, Mitinhaber des Büros Herzog Hubeli, Zürich, das seit 1984 besteht; 1982 bis 2000 in der Chefredaktion der schweizerischen Architekturzeitschrift *werk, bauen und wohnen*; von 2000 bis 2007 Leiter des Instituts für Städtebau an der Technischen Universität in Graz; seit 2008 Forschung über Urbane Zukunftsszenarien.

Ulrich Paßlick, Dipl.-Ing., Bauassessor der Fachrichtung Städtebau, Stadtbaurat der Stadt Bocholt; Verwaltungsvorstand für Planen, Bauen, Umwelt sowie Grundstücks- und Bodenwirtschaft; langjährige Verwaltungserfahrung u. a. im kommunalen Schulbau; Vorsitzender des Netzwerks Innenstadt NRW; u. a. Mitglied im Bau- und Verkehrsausschuss des Deutschen Städtetages und der DASL.

Univ.-Prof. Dr. Kersten Reich, Professor für Internationale Lehr- und Lernforschung und Direktor des Dewey-Centers an der Universität zu Köln; Autor der bekannten Bücher *Systemisch-konstruktivistische Pädagogik* und *Konstruktivistische Didaktik*; langjährige Erfahrung mit der Begleitung von Schulentwicklungsprozessen.

Jochem Schneider, Dipl.-Ing. SRL DASL, freier Planer und Mitgesellschafter des bueroschneidermeyer; langjährige Erfahrung mit der architektonischen und stadtplanerischen Begleitung von Schulbauprojekten in mehreren Kommunen.

Dr. Otto Seydel, Leiter des Instituts für Schulentwicklung; von 1976 bis 2001 Lehrer und Mitglied der Schulleitung der Schule Schloss Salem; seit 2006 Mitglied der Jury des Deutschen Schulpreises; Koordination des Schulverbundes »Blick über den Zaun«; Leitung der Bremer Schulinspektion; Begleitung von Schulentwicklungsprojekten.

1

WARUM WIR ANDERE SCHULEN BRAUCHEN

Die Kommunen stehen als Schulträger heute vor einer großen Herausforderung: die öffentlichen Kassen sind leer, in allen Bereichen fehlt es an Mitteln. Gleichzeitig nimmt der Druck zu, erhebliche Summen in den Schulbau zu investieren. Was spricht dafür, dem Thema Schule eine so hohe Priorität einzuräumen? Welche Anlässe gibt es, gerade jetzt für eine neue Kultur des Planens und Bauens von Schulen einzutreten? Im Folgenden werden zentrale Argumente aufgeführt, die die Forderung nach einem neuen Verständnis von Schulbau unterstreichen.

BILDUNG IST MENSCHENRECHT

»Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung« (Artikel 26 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte). Diese Forderung müsste in unserem Land eigentlich selbstverständlich sein – sie ist es aber keineswegs. Bildungsbenachteiligung ist ein Resultat unzureichender Konzepte und fehlender Anstrengung, die eine Gesellschaft für diesen Sektor übernimmt. Natürlich lässt sich Bildung nicht durch vermehrte Bauanstrengungen allein sichern. Die präzise Definition der pädagogischen Anforderungen an künftige Schulbauten und eine qualitätvolle Umsetzung in zukunftsfähige architektonische Konzepte sind dabei aber zweifellos wesentlich.

INKLUSION IST BILDUNGSRECHT

Deutschland hat der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die in der UN-Vollversammlung am 13. Dezember 2006 verabschiedet wurde, zugestimmt und damit einen tief greifenden Systemwechsel eingeleitet. Die UN-Konvention definiert letztlich auch ein grundsätzliches Recht auf einen gemeinsamen Unterricht. Die Umsetzung einer inklusiven Beschulung steht in Deutschland erst am Anfang. Sie wird zu einem deutlichen Anstieg der Heterogenität in Schulklassen führen und damit zu einer Schülerschaft, die differenziert betreut und gefördert werden muss. Dafür sind sowohl bessere Personalschlüssel als auch angemessene räumliche Bedingungen zu schaffen.

BILDUNG ALS ZENTRALER PRODUKTIONSFAKTOR

Mit der Entwicklung von der Industrie- zur Wissensgesellschaft hat sich der Stellenwert von Bildung nicht nur erhöht, sondern auch substanziell und strukturell erweitert. Bildung ist ein wichtiger Produktionsfaktor für die Volkswirtschaft geworden. Investitionen in Bildung »lohnen« sich: Die Folgekosten von Nicht-Bildung sind bedeutend höher geworden als die Kosten für Bildung. Das ökonomische Argument wiegt umso schwerer, wenn man bedenkt, dass Deutschland angesichts seiner Rohstoffarmut entscheidend auf Bildung setzen muss, um im Weltmarkt zu bestehen.

BILDUNG ALS VORAUSSETZUNG FÜR EINE DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT

Die Einsicht inner- und außerhalb der OECD wächst, dass Bildung jenseits ihres wirtschaftlichen Mehrwerts die Voraussetzung für soziale Kompetenz, Gemeinsinn, Verantwortung und Integrationsfähigkeit im Zusammenleben eines Staates wie einer Stadt ist. In diesem erweiterten Bildungsbegriff muss sogar eine grundlegende Bedingung gesehen werden, damit demokratische Gesellschaften sich entwickeln und erfolgreich bestehen können.

BILDUNG ALS STANDORTFAKTOR

Die Qualität der Bildungsversorgung stellt einen zunehmend wichtigen Standortfaktor für die Stadt- und Regionalentwicklung dar. Bereits heute haben die Bildungsangebote einer Stadt und Region einen großen Einfluss auf die Wahl von Wohnort und Firmenstandort. Gute gesunde Schulen werden als wichtiger Faktor im Wettbewerb um Neubürger, insbesondere qualifizierte Arbeitnehmer/innen und Wirtschaftsbetriebe erkannt. Gerade unter diesem Gesichtspunkt sind kommunale Aufwendungen für den Schulbau nicht als Kosten, sondern als Investitionen zu bewerten.

SCHULE ALS STÄDTEBAULICHE RESSOURCE

Angesichts der engen finanziellen Spielräume in den öffentlichen Haushalten müssen Schulen ihre ökonomische Effizienz deutlich steigern. Mit Mehrfach- und Mischnutzungen, wie sie zum Beispiel bei Kulturbauten längst praktiziert werden, kann die Infrastruktur besser ausgelastet und die Schule vitalisiert werden. Dabei ist darauf zu achten, dass die Öffnung mit dem schulischen Primärauftrag vereinbar ist. Auch die Schule ihrerseits wird sich vermehrt der städtischen Öffentlichkeit zuwenden und außerschulische Lernorte nutzen und mitgestalten. Von einer gegenseitigen Nutzung und Vernetzung der Strukturen von Schule und öffentlichem Raum können beide Seiten profitieren.

DEMOGRAFISCHER UND STRUKTURELLER WANDEL

Die Annahme, durch den demografischen Wandel würden Schulen weniger Fläche benötigen, trifft nicht zu. Im Gegenteil: Es sind zusätzliche Flächen für einen zeitgemäßen Unterricht und eine umfassend eingeführte Ganztagsbetreuung erforderlich. Dieser Bedarf besteht allerdings nicht überall, sondern ist lokal sehr unterschiedlich. Diese breiten Schwankungen lassen keine allgemeingültige Aussage zu und machen eine präzise Entwicklungsprognose vor Ort erforderlich. Hinzu kommen schultypenspezifische Differenzierungen – die unterschiedliche Nachfrage nach den einzelnen Schulformen führt zu Ungleichgewichten innerhalb einer Kommune und macht Neuordnungen zwingend erforderlich. Auch strukturelle Veränderungen wie der Umbau der Schulformen und der Ausbau der Ganztagschulen haben unmittelbare Auswirkungen auf den Schulbau. Schulbauplanung kann daher nicht mehr losgelöst für den Einzelstandort betrachtet werden, sondern muss sowohl aus einer pädagogischen wie aus einer kommunalen und regionalen Perspektive erfolgen (integrierte Schulentwicklungsplanung).

PARADIGMENWECHSEL IN DER PÄDAGOGIK

An den deutschen Schulen vollzieht sich weiterhin – in unterschiedlichem Tempo – ein grundlegender pädagogischer Paradigmenwechsel. Individuelle Förderung und Inklusion, Rhythmisierung des Unterrichts und Ganztagschule, aktivierende Lern- und Lehrformen, Teamarbeit – so lauten nur einige Stichworte, die den Wandel markieren. Eine solche Schule fordert nicht nur von pädagogischer Seite sowie auf allen administrativen Ebenen der Bildungssteuerung und -verwaltung ein tief greifendes Umdenken, sondern auch auf Seiten der Architektinnen und Architekten.

VERÄNDERTE RÄUMLICHE KONZEPTE

Viele Grundrisse und Grundrisskonzepte für den Schulbau stammen noch aus dem späten 19. oder frühen 20. Jahrhundert und passen heute nicht mehr. Mit dem Wandel von Schule zum Lern- und Lebensort weitet sich das Spektrum der schulischen Aktivitäten aus und erfordert auch räumlich veränderte Konzepte, die auf die neuen pädagogischen und städtebaulichen/stadtplanerischen Voraussetzungen reagieren. Dabei gilt: Eine monofunktionale Sichtweise »Ein Raum = eine Funktion« ist nicht mehr zeitgemäß und widerspricht den vielfältigen Lernformen, deren Anwendung heute erforderlich ist.

ZUNEHMENDER SANIERUNGSBEDARF

Schulbau bedeutet in den nächsten Jahren und Jahrzehnten in erster Linie Schulumbau. Eine verstärkte strategische Ausrichtung des Investitionsmanagements unter Berücksichtigung des Lebenszyklusansatzes und unter Einsatz kostenminimierender Unterhaltungsstrategien wird von Fachleuten empfohlen. Dazu gehört auch die ressourcensparende Nutzung von Synergien bei verschiedenen Sanierungsanlässen. Aufgrund der drängenden Notwendigkeit der Ertüchtigung des Bestands haben Beispiele, die gerade dort ein gelungenes Wechselspiel zwischen pädagogischen Konzepten und räumlichen Organisationsmodellen aufzeigen, eine besondere Vorbildfunktion. Wie in anderen Sparten spielt dabei der Denkmalschutz zwar eine immer geringere Rolle; gleichwohl sind gerade hier manche in der Bautradition verankerte Ideen zum innovativen Schulbau aufzunehmen und auf ihre Transformierbarkeit zu prüfen.

ENERGETISCHE VERBESSERUNG UND NACHHALTIGKEIT

Die energetische Verbesserung der Schulen sollte auch im städtebaulichen Kontext gesehen werden: Lage und Energieverschleiß, etwa durch lange Schulwege, bedingen sich. In einer Gesamtenergiebilanz sind eine gute Versorgung auf engem Raum und das nahe Nebeneinander der Alltagsfunktionen aus ökologischer und ökonomischer Perspektive heraus konkurrenzlos. Es bleibt eine große Herausforderung für eine Kommune, die unvermeidlich notwendige bautechnische und energetische Erneuerung ihrer Schulen mit der überfälligen »pädagogischen Sanierung« zu koppeln.

ÜBERHOLTE RICHTLINIEN UND STANDARDS

Dem Gedanken generalisierender Richtlinien steht die Maßgabe gegenüber, dass sich alle Schulen durch ein eigenes pädagogisches Profil auf dem Bildungsmarkt platzieren sollen – eingebunden in die spezifischen lokalen Gegebenheiten einer kommunalen/regionalen Bildungslandschaft. Danach erscheint es evident, dass – wie bei fast allen anderen Bauaufgaben auch – für jedes Schulbauprojekt spezifische Nutzungsanforderungen zu erheben und individuell daran ausgerichtete und flexibel fortschreibbare Raum- und Organisationskonzepte gemeinsam von allen Beteiligten zu erarbeiten sind. Hierfür muss ein qualitativer und quantitativer Orientierungsrahmen geschaffen werden, der sinnvolle Mindestanforderungen enthält aber auch individuell interpretierbar ist.

2

10 THESEN FÜR DIE SCHULE VON HEUTE

Der aktuelle Bestand der Schulhäuser in Deutschland wirft viele Fragen auf: Wie können und wie sollen alte und neue Schulhäuser für die Gegenwart und die nahe Zukunft fit gemacht werden? Welche pädagogischen Konzepte spielen dabei eine Rolle und wie lassen sie sich räumlich und städtebaulich umsetzen? Die folgenden Thesen behandeln zehn Aspekte, die an der Schnittstelle von Pädagogik und Architektur entscheidende Weichenstellungen für einen Schulbau darstellen und unmittelbare Folgen für die architektonische und städtebauliche Gestalt der Schule haben.

THESE 1:

LERNEN BENÖTIGT VIELE UND UNTERSCHIEDLICHE PERSPEKTIVEN, ZUGÄNGE UND ERGEBNISSE.

Fast alles, was heute gewusst werden kann, ist zu jeder Zeit von jedem Ort der Welt mit einem Klick abrufbar. Der Schlüsselbegriff für die zukünftige Schule heißt deshalb – vereinfacht gesagt – nicht Wissen, sondern Können. Zeitgleich mit dem Erwerb elementarer Kenntnisse gilt es, Kompetenzen zum Umgang mit Wissen zu erwerben: sich eigenständig Informationen beschaffen und auswählen, Informationen zielgerichtet und angemessen verwenden und für Problemlösungen nutzen, mit anderen kommunizieren, eigene Arbeitsprozesse und -ergebnisse gemeinsam kritisch hinterfragen etc. Dabei ist es wichtig, durch unterschiedliche aktive Zugänge zum Lernen eine Vielfalt an Lernwegen und eine Vielzahl an Lernhandlungen zu ermöglichen. Lernen heißt nicht bloße Reproduktion, sondern aktive Konstruktion durch die Lernenden – im eigenen Kopf, im eigenen Körper und gemeinsam mit anderen. Die Vielfalt der Lernwege und die Unterschiedlichkeit der Lernhandlungen erfordern unterschiedliche Lernsituationen – das traditionelle Klassenzimmer verliert als Instruktionsraum seine zentrale Funktion. Je nach Lernszenario gilt es, eine Wahlmöglichkeit zwischen unterschiedlichen Raumsituationen zu haben. Dementsprechend sind Räume nicht nach eindeutigen Hierarchien geordnet, sondern lassen sich mannigfaltig kombinieren. Monofunktionale Nutzungszuweisungen werden vermieden, Mehrfachnutzbarkeit wird ermöglicht, offene Grundrisse und Cluster-Modelle gewinnen an Bedeutung. Erschließungsbereiche werden zu vollwertigen Nutzungs- oder Kommunikationsräumen ausgeweitet und bilden »unterbestimmte« Zwischenräume für spontane und unvorhersehbare Lernsituationen. Grenzen und Übergänge werden sorgsam gestaltet – sie definieren die Qualität der Verflechtungen zwischen den einzelnen Räumen.

THESE 2:**GELERNT WIRD ALLEIN, ZU ZWEIT, IN DER KLEINGRUPPE, MIT DEM GANZEN JAHRGANG, JAHRGANGSÜBERGREIFEND UND AUCH IM KLASSENVERBAND.**

Jedes einzelne Kind, jeder einzelne Jugendliche ist und lernt verschieden – Schule muss der Individualität der/des Einzelnen gerecht werden. Zugleich gilt aber auch: Kein Kind kann alleine lernen. Lernen braucht die Anerkennung, den Dialog, die Auseinandersetzung mit anderen. Es müssen deshalb in der Schule sowohl individuelle Lernerfahrungen als auch Erfahrungen in Teamarbeit von der Klein- bis zur Großgruppe gemacht und reflektiert werden können. Schule respektiert die Einmaligkeit jeder/jedes Einzelnen und nutzt zugleich die Unterschiedlichkeit der Menschen zu wechselseitiger Ergänzung und Unterstützung. Damit dies gelingt, muss die soziale Organisation der Arbeitsformen systematisch variiert werden können und eine anregende Lernumgebung geschaffen werden, die einen breiten Fundus an differenzierenden Materialien zur Verfügung stellt.

Auf architektonischer Ebene bedarf es quantitativer und qualitativer Veränderungen. Die über Jahrzehnte hin gültige Maßgabe bei der Flächenberechnung mit zwei Quadratmetern pro Schüler/in ist nicht hinreichend. Wenn Lernformen variiert werden sollen (Sitzkreis, Vierergruppen, frontal etc.) und Räume für Differenzierung und Ganztagsbetreuung zu ergänzen sind, summiert sich der Flächenbedarf letztlich auf etwa 4 bis 5 Quadratmeter Nutzfläche pro Schüler/in. Mit der intelligenten Integration bisheriger Erschließungsbereiche in Lernlandschaften können hierfür erhebliche Kapazitäten erschlossen werden. Musterraumprogramme, die auf die genannten pädagogischen Konzepte aufbauen, gehen entsprechend auch heute schon von diesen Größen aus (vgl. zum Beispiel Schulbaurichtlinie der Stadt Köln 2009).

Jenseits von Flächenbedarfen geht es auch um qualitative Veränderungen. Die Frage der räumlichen Organisation ist unmittelbar abhängig von der Durchlässigkeit und Transparenz zwischen den einzelnen Räumen. Um die Parallelarbeit von Einzelnen und Kleingruppen zu organisieren, ist eine unmittelbare räumliche Vernetzung erforderlich. Bei aller Durchlässigkeit und Transparenz müssen gleichzeitig die Forderungen nach einer ausreichenden akustischen Trennung und brandschutztechnischer Sicherheit gewährleistet sein.

THESE 3:**GANZTAGSSCHULE HEISST LERNEN, BEWEGEN, SPIELEN, TOBEN, VERWEILEN, REDEN, ESSEN UND VIELES MEHR – IN EINEM GESUNDEN RHYTHMUS.**

Veränderte gesellschaftliche Anforderungen an die Schule wie auch die neuen Lehr- und Lernkonzepte erfordern derzeit die Umwandlung der Halbtagschule in eine Ganztagschule. Es wird vermutlich nur noch wenige Jahre dauern, bis auch in Deutschland die Ausnahme zum Regelfall wird, wie in den meisten anderen europäischen Ländern. Der Ganztags sichert nicht nur die Unterbringung der Kinder und Jugendlichen, wenn beide Eltern berufstätig sind. Er trägt auch entscheidend dazu bei, ein Mindestmaß an Bildungschancen für alle zu ermöglichen, ohne die Förderung besonderer Begabungen auszuschließen.

Angesichts der hoch differenzierten Nutzungszyklen sind zur Annäherung an die Bedarfe der künftigen Schulen genaue Aktivitätsstudien erforderlich: Was passiert wann wo? Auch wenn es dabei in jeder Schule immer wieder ähnliche Bestandteile geben mag – sie können nur fallspezifisch im Dialog von Nutzerinnen und Nutzern auf der einen Seite, Planerinnen und Planern auf der anderen definiert werden.

Angesichts der Vielzahl der Aktivitäten einer Ganztagschule würde der Flächenbedarf mit einer rein additiven Fortschreibung monofunktionaler Nutzungszuweisungen – für jede Aktivität ein gesonderter Raum – ausufern. Aktivitätsorientierte und handlungsbasierte Raumkonzepte gehen daher bereits von Anbeginn von der Planung vielfältiger Mehrfachbelegungen aus. Die Architektur muss dabei auf die veränderten Rhythmen des Schulalltags reagieren: Dynamisch anpassbare und komplexe Raummodelle sind erforderlich.

**THESE 4:
SCHULBUCH UND KREIDETADEL WERDEN
ERGÄNZT DURCH TABLET-PC, SMARTBOARD
UND ANDERE NEUE MEDIEN.**

Der Einsatz von Computern in der Schule ist unaufhaltsam. Bald wird es normal sein, dass ein internettauglicher Tablet-PC den Inhalt des übervollen Schulrucksacks spürbar erleichtert. Seine Benutzung in allen Fächern erlaubt einen schnellen, an den Unterrichtsverlauf angepassten Wechsel der Lernsituationen. Das computergestützte Smartboard wird zwar die klassische Kreidetafel vermutlich nicht vollständig ersetzen, aber es bewährt sich – bei entsprechender Ausbildung der Lehrenden – als effektive und viel genutzte Erweiterung.

Auf die Schulen kommt – neben diesem intelligenten Einsatz der Informationstechnologie – eine kompensatorische Aufgabe zu. Sie muss – vor allem in den unteren Klassenstufen – in Zukunft die Eigenkräfte der Kinder und Jugendlichen mobilisieren und Zeit geben. Vor und mit der Nutzung der digitalen Werkzeuge gilt es, die Gestaltungskraft der eigenen Sinne, der eigenen Hände, des eigenen Körpers zu entwickeln und zu stärken.

Die Ausstattung einer Schule mit moderner Informationstechnologie ermöglicht neue Lernszenarien. Eine gute technische Infrastruktur, wie sie heute an jedem Bürostandort als Standard erachtet wird, bildet auch die Maßgabe für den Schulbau. Mit der Medialisierung wird eine hohe Anpassbarkeit an unterschiedliche Arbeitssituationen ermöglicht. Dynamisierung und Verlangsamung können individuell bestimmt werden, Übergänge sind fließend; Umbauzeiten lassen sich auf ein Minimum reduzieren. Neue, so nicht geplante Lernszenarien können entstehen, wenn Raum vielfältig nutzbar ist. Die Möglichkeit, Lernatmosphären innerhalb und außerhalb des Schulgebäudes frei auszuwählen, bedeutet eine erhebliche Vervielfachung der Lernszenarien.

**THESE 5:
FÖRDERUNG IN EINER INKLUSIVEN SCHULE
GESCHIEHT IN HETEROGENEN GRUPPEN.**

Schule soll Benachteiligungen von jungen Menschen ausgleichen – wodurch auch immer sie begründet sein mögen: durch Geschlecht, Herkunft, die Arbeitslosigkeit der Eltern oder anderes. PISA hat gezeigt, dass Schulsysteme, in denen Schüler/innen länger gemeinsam lernen, zu besseren Bildungsergebnissen führen. Dies gilt auch für solche mit besonderen Behinderungen – seien es körperliche, geistige oder emotionale. Die in Deutschland vielfach vertretene These, dass eine frühzeitige Separierung zur Förderung der/des Einzelnen beiträgt, kann empirisch nicht belegt werden. Die Ergebnisse anderer Länder zeigen zudem, dass dies auch und gerade für ausgesprochen leistungsstarke Kinder und Jugendliche gilt. »Inklusion« ist deshalb ein Schlüsselbegriff in der aktuellen bildungspolitischen Diskussion – niemand darf ausgeschlossen werden. Die Kommunen stehen dabei unter Zugzwang: Die Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen durch die Bundesregierung setzt klare Maßstäbe. Danach hat jedes Kind das Recht auf gemeinsamen Unterricht.

Pragmatisch lassen sich zwei Ebenen der Inklusion im Hinblick auf ihre räumlichen Implikationen darstellen. Zum einen ist da die harte Frage der Barrierefreiheit, die sich an ganz konkreten Anforderungen festmachen lässt: Erschließung, Bewegungsflächen, Öffnungsmaße, Leitsystem, Bedienelemente etc. Zum anderen gilt es, eine Fülle an weichen Kriterien für die Unterstützung heterogener Gruppen zu beachten. Die Forderungen nach Öffnung und Differenzierung (etwa durch eine Clusterbildung) erhalten hier nochmals eine zusätzliche und zwingende Begründung, da sich in der inklusiven Schule das Spektrum der Lernformen deutlich erweitert.

Die konkreten räumlichen Anforderungen, die aus der Inklusion resultieren, müssen projektspezifisch präzisiert werden. Oftmals wird das nicht abschließend möglich sein. Um Kapazitäten für Inklusionsanforderungen zu schaffen, die heute so noch gar nicht absehbar sind, ist es umso wichtiger, »Dispo-Flächen« und optionale Schalträume zu schaffen.

**THESE 6:
KULTURELLES UND ÄSTHETISCHES
LERNEN MUSS DURCH PÄDAGOGIK UND
ARCHITEKTUR VERMITTELT WERDEN.**

Lernen wird in der Lehr- und Lernforschung heute nicht mehr als eindimensional sprachlich-logisches oder mathematisch-operatives Lernen betrachtet, sondern schließt gleichberechtigt die Erweiterungen in Richtung musikalisches, kinästhetisches, emotionales und räumlich-gestalterisches Lernen mit ein. Diese kulturelle Dimension ist allerdings nicht nur als Unterstützungsleistung für das angeblich »eigentliche« Lernen zu sehen. Die kulturelle Dimension selbst muss vielmehr einen der eigenständigen Ecksteine jeglicher Bildung bieten. Auch wenn sogenannte »Kernfächer« gerne den Sinn und Wert der Nebenfächer bestreiten, so sind es gerade Letztere, die zur Persönlichkeitsentwicklung der Schüler/innen einen wichtigen Beitrag leisten können.

Das Gebäude als »Wahrnehmungsmaschine« macht Raum für seine Nutzer/innen in all seinen Dimensionen unmittelbar erfahrbar. Materialität, Licht, Farbigkeit, Proportion, Fügung, Detail und vieles andere mehr sind direkter Teil einer Alltagserfahrung, in der die ästhetische und baukulturelle Bildung eine zunehmende Bedeutung erfährt. Hierbei kann es nicht um eine kanonische Stilbildung im Sinne eines kollektiv »Schönen« gehen.

Welche Raumkonstellationen, welche Atmosphären und welcher Hintergrund können den vielfältigen Lernszenarien und Nutzungsanforderungen entsprechen? Jenseits von vordefinierten Repräsentationsmodellen – »Eine Schule sieht eben aus wie eine Schule« – muss die Gestaltung und Nutzung einer Schule als fortwährender Aneignungsprozess verstanden werden: Die Räume werden den sich wandelnden Lernformen angepasst und nicht umgekehrt. So wie sich die Deutungen, was als schön und hässlich gilt, wandeln, so werden die Schulen und ihre Räume im Laufe der Zeit anders gebraucht. Dies gilt insbesondere angesichts der Tatsache, dass Schulbau in den nächsten Jahren in Deutschland in erster Linie Schulumbau bedeutet – und somit eine gestalterische Strategie im Umgang mit dem bereits Vorhandenen zu definieren ist.

**THESE 7:
LERNEN IN GESUNDHEIT UND BEWEGUNG
FINDET IN ANREGENDER UND WEITRÄUMIGER
UMGEBUNG STATT.**

Lernen ist nicht nur eine Sache des Kopfes, sondern erfordert den ganzen Menschen. Die Stillung elementarer psychischer und physischer Bedürfnisse durch die Lernräume und die Lernumgebung ist deshalb eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiches Lernen ebenso wie für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Schüler/innen. Bestehende Schulbauten sind allerdings oft gekennzeichnet durch unzureichende Lichtverhältnisse, schlechte Luft, überheizte Räume und bedrückende Enge im Unterrichtsraum.

Diese Faktoren gehören zu den vermeidbaren Stressoren erster Ordnung, die Lernen schlicht verhindern oder zumindest sehr erschweren.

Gute gesunde Schulen – zumal im Ganzttag – müssen »bewegungs-
freudige Schulen« sein, die Erziehung und Bildung als ganzheitlichen Prozess ansehen und eine harmonische Entwicklung von Geist, Seele und Körper fördern. Sie integrieren Bewegung, Spiel und Sport als Grundprinzip von Leben und Lernen in ihren Schulalltag und bieten vielfältige Bewegungs- und Entspannungsangebote.

Von großer Bedeutung für das Wohlbefinden ist auch die Qualität der Mensa – nicht nur im Blick auf gesundes und zugleich schmackhaftes Essen, sondern auch angesichts der wichtigen kommunikativen Funktion, die sie übernimmt.

Die Anforderung einer gesundheitsförderlichen Umgebung gilt auch für das Kollegium. Die Lehrenden sollten – insbesondere beim Ganztagsbetrieb – über individuelle Arbeitsplätze mit Besprechungs- und Rückzugsmöglichkeiten im Schulgebäude verfügen. Solche Lehrerarbeitsplätze können dazu beitragen, die hohen Beanspruchungen durch den Schulalltag nennenswert zu reduzieren und zugleich die Voraussetzung zu schaffen, um entlastende Arbeitsformen zu etablieren.

Gesundheit und Bewegung spiegeln sich im Raum auf ganz unterschiedlichen Ebenen. Für Neubauten von Schulen gelten durchgängig hohe Standards, die den achtsamen Umgang mit der Lernumgebung und die Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse sichern können. Viele bestehende Gebäude verfügen aber aufgrund eines breiten Investitionsstaus nicht über entsprechende Qualitäten.

Motivation und Kognition, Gesundheit und Wohlbefinden der Lernenden und Lehrenden sind unmittelbar abhängig von bauphysikalischen Qualitäten – von Luftqualität, von Akustik, von Licht und Farbe sowie vom Raumklima. Schallreduktion, Licht-

führung, verträgliche Luft- und Temperaturverhältnisse sind daher zentrale Aufgaben für den Schul(um)bau und müssen im Rahmen von integralen Planungskonzepten gelöst werden. Der Schulhof als Bewegungsraum steht im klassischen Spannungsfeld der Freiraumgestaltung – insbesondere bei innerstädtischen Standorten. Der Wunsch nach naturnaher Gestaltung und bewegungsfreundlichen Außenanlagen konkurriert oft mit der zentralen Lage und der damit einhergehenden Nutzungsdichte. Durch die Öffnung der Schulen zu ihrem Stadtteil können z. B. zusätzliche Frei- und Bewegungsräume erschlossen werden, die in ihrer Vielfalt auf dem begrenzten Schulareal so nicht abbildbar sind.

**THESE 8:
DEMOKRATISCHES LERNEN BENÖTIGT
EINE DEMOKRATISCHE SCHULE.**

Demokratie »im Großen« beruht auf Gewaltenteilung, politischer Gleichheit und der uneingeschränkten Achtung der Würde aller Menschen. Sie ist in der demokratischen Verfassung festgehalten und rechtlich gesichert. Demokratisches Handeln von Einzelnen im Kleinen ist notwendig, um miteinander in gelingender Kommunikation und Konfliktlösung zu leben. Wichtig ist hierbei, selbst eine Stimme zu haben und die Stimme der anderen zu hören und zu respektieren. So werden Kinder und Jugendliche nicht nur dazu befähigt, ein Gefühl für sich und ihre Interessen zu entwickeln. Sie lernen auch, andere mit ihren Interessen und ihren Sichtweisen wahrzunehmen und sich mit aufkommenden Konflikten lösungsorientiert auseinandersetzen zu können. Das Schule-Bauen ist bereits der erste Prüfstein einer demokratischen Schule. Die Schule muss zuallererst selbst in die Planungs- und Aushandlungsprozesse der Schularchitektur einbezogen werden. Kommunikation steht im Mittelpunkt der aktuellen pädagogischen Debatte um beständig wechselnde Lernformate.

Entsprechende Rahmenbedingungen für die Ausbildung kommunikativer Orte zu schaffen, ist eine zentrale Anforderung für den Schulbau. Die Demokratie »im Kleinen« braucht unterschiedliche Versammlungsräume, die im Schulalltag verfügbar sind.

**THESE 9:
SCHULE IST IM UMGANG MIT UMWELT
UND TECHNIK EIN VORBILD.**

Umwelterziehung in einem umfassenden Sinn ist ein zentrales Thema der Bildung geworden. Die Schule muss darum ein positives Verhältnis zur Natur und ein Verständnis für Funktion und Wirkung der Technik vermitteln und aktiv erlebbar werden lassen. Die Nachhaltigkeitsdiskussion ist auf breiter Ebene in der Schuldiskussion angekommen und bewegt sich zwischen den drei Themenfeldern soziale, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit. In jüngster Zeit sind in Deutschland umfassende Maßnahmen zur ökologischen Sanierung im Schulbau durchgeführt worden – allerdings meist aus rein energetischer Sicht ohne Berücksichtigung pädagogischer Belange. Gerade in einer Verschränkung von technischer Sanierung, pädagogisch-organisatorischer Reorganisation und gestalterischer Erneuerung liegen aber zentrale Entwicklungschancen für zukunftsfähige Schulen.

**THESE 10:
DIE SCHULE ÖFFNET SICH ZUR STADT –
DIE STADT ÖFFNET SICH ZUR SCHULE.**

Die Schule ist kein geschlossenes System, das nur aus sich selbst heraus alle notwendigen Ressourcen bereitstellen kann. Mit dem Übergang zur kompetenzorientierten Schule, die ganztätig betrieben wird, muss eine Öffnung von innen nach außen und von außen nach innen vonstatten gehen. Die Verbindung mit dem Umfeld und dem angrenzenden Quartier ist nicht nur für die Schule, sondern auch für die Stadt um sie herum von grundlegen-

der Bedeutung. Dabei sind erforderliche Abgrenzungen zu berücksichtigen: so viel Offenheit wie möglich, so viel Abgeschlossenheit wie erforderlich. Eine gute Schule gibt den ihr anvertrauten Kindern und Jugendlichen ein Stück Heimat und dem Quartier einen kulturellen Mittelpunkt.

Wenn Schulen als Teil einer gemeinsamen kommunalen Infrastruktur fungieren, ändert sich das Spektrum der Schulhaustypologien grundlegend. Dabei sind zwei Tendenzen ablesbar: einerseits das Konzentrationsmodell, bei dem verschiedene kommunale Dienstleister unter einem großen Dach zusammengefasst werden und die Schule gemeinsam mit anderen Bildungs- und Beratungseinrichtungen in einem Gebäude untergebracht ist; andererseits das Dispersionsmodell, bei dem die intensive Vernetzung unterschiedlicher, oft schon bestehender Bildungsbausteine zu einer Bildungslandschaft im Mittelpunkt steht. In beiden Fällen müssen berechnete Interessen der Bildungseinrichtungen einerseits und Quartiersbedarfe andererseits miteinander abgestimmt werden, um die Balance zu erreichen, die beiden Seiten nützt.

3

NUTZER/INNEN UND RÄUME IM WANDEL

Pädagogik beschreibt Modelle des Kompetenz- und Wissenserwerbs – Architektur schafft im Schulbau dafür geeignete Räume. Beide Disziplinen haben dabei eine Vielzahl fachspezifischer Kriterien zu erfüllen, die jeweils auf die andere Disziplin zurückwirken. Diese Wechselwirkungen gilt es zu beschreiben, um gemeinsam ein qualifiziertes Raumprogramm entwickeln zu können. Mit Nutzerinnen und Nutzern sowie Aktivitäten, Qualitäten und Räumen verbindet das folgende Kapitel pädagogisches und architektonisches Denken für den Einstieg in die gemeinsame Planung.

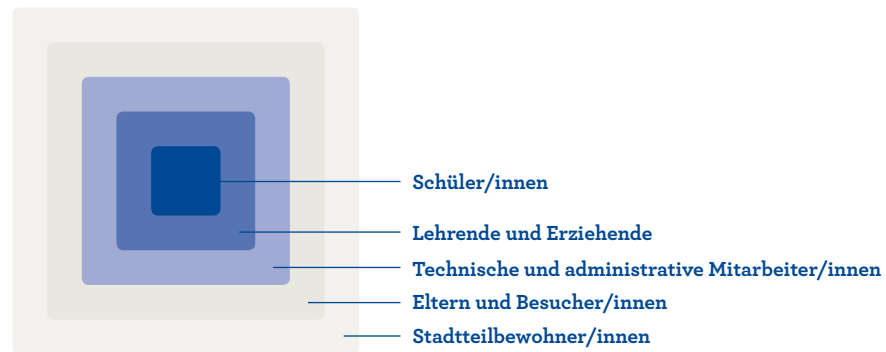
NUTZER/INNEN UND AKTIVITÄTEN

Im Laufe der letzten 50 Jahre haben sich die Anforderungen der verschiedenen Nutzer/innen von Schule zum Teil grundlegend verändert. Heute gehören dazu folgende Gruppen:

Schüler/innen sind die Hauptakteurinnen und -akteure und zahlenmäßig die größte Nutzergruppe. Wichtig ist die Schule für sie zunächst als sozialer Ort: sich treffen, austauschen und diskutieren, sich wohl fühlen, auf dem Sportgelände aktiv sein. Für viele von ihnen sind pädagogisch relevante Aspekte – in Ruhe lernen und arbeiten, Neues erfahren, lesen und experimentieren – sekundär.

Lehrende und Erziehende umfassen heute verschiedene Rollen und Funktionen – zum klassischen Kollegium kommt mit zunehmender Ausrichtung auf Inklusion und Ganzttag weiteres **pädagogisches Fachpersonal** (Sonderpädagoginnen und -pädagogen, Erzieher/innen, Berater/innen, Begleiter/innen etc.), das professionelle Unterstützung und Beratung leistet. Auch **technische und administrative Mitarbeiter/innen** tragen zu einem guten gesunden Alltag bei. Eine effektive Zusammenarbeit und gutes Teamwork sind hier ein entscheidender Schlüssel zur Verbesserung der Schulqualität für alle.

Eltern werden zunehmend in den schulischen Alltag eingebunden: als »Frühstücksmütter und -väter«, als Aufsicht führende Personen, als Expertinnen und Experten für besondere Projekte. Die Bedarfe variieren je nach Beteiligungsmodell. Wie für andere schulfremde **Besucher/innen** ist für die Eltern vor allem eine schnelle Orientierung in der Schule wichtig. Das gilt auch für die **Stadtteilbewohner/innen**, die mit zunehmender Öffnung von Schulen für (teil-) öffentliche Nutzungen (z. B. vhs, Bibliothek, Sportanlagen, Aula) am Leben der Schule teilhaben.



Die Öffnung der Schule muss ermöglicht werden, während gleichzeitig eine gewisse territoriale Integrität der »inneren« Räume bewahrt bleibt.

Neue Aktivitätsmuster

Aus pädagogischer Sicht haben sich die Aktivitätsmuster in den letzten Jahren und Jahrzehnten gewandelt: Früher war Schule – überspitzt formuliert – geprägt durch Zuhören und Antworten, Lesen und Schreiben. Heute spiegelt die Liste lernrelevanter Aktivitäten Offenheit und Vielfalt wider: Konzentration, Erleben, Erfinden, Entdecken, Ausprobieren, Entwerfen, Recherchieren, Begreifen, Hinterfragen, Gestalten, Präsentieren, Auseinandersetzung, Zuhören, Zuschauen, Spielen, Singen, Toben, Chillen, Musik machen, Essen, Trinken, Entspannen etc. Die Nutzungsanforderungen von Schüler/innen sind gekennzeichnet durch differenzierte und über den Tag hinweg immer wieder wechselnde Aktivitäten.

Ein zukünftiger Schultag lässt sich idealtypisch in folgende Phasen aufteilen, die in ihrer Dauer zwischen 20 Minuten und 2 Stunden differieren und je nach Profilbildung der Schule variieren können:

- Ankommen in der Schule während einer individuellen Gleitzeit, in der die Schüler/innen allein oder in kleinen spontanen Gruppen selbstgesteuert arbeiten: lesen, vertiefen, üben – aber auch reden, spielen, dösen

- Instruierender Unterricht, ergänzt durch Stillarbeit, Kleingruppen und Präsentationen; frontale und aktive Arbeitsformen wechseln sich ab
- Erholungs- und Essenszeiten, die organisch in den Rhythmus des Tages eingebaut werden
- Interessen- und Neigungsbildung mit differenzierenden Angeboten, zum Teil für unterschiedliche Leistungsstufen
- Bewegungsphasen, in den Rhythmus des Tages eingebaut
- Fachübergreifende Projekte oder Präsentationen, an denen mehrere Klassen oder Jahrgänge beteiligt sein können
- Verlassen der Schule in einer zweiten Gleitzeit

Entsprechend ist der Tagesplan der Schüler/innen zwar von Schultag zu Schultag deutlich strukturiert, dabei aber vielfältig und nicht linear. Die Schüler/innen bleiben nicht gleichtaktig und permanent im Verband in einem Klassen-/Kursraum oder auf einem Schulhof, sondern die Bewegungsströme gleichen eher einem Ausschwärmen und Zusammenziehen.

QUALITÄTEN

Pädagoginnen und Pädagogen müssen im Planungsprozess mit Architektinnen und Architekten in einen Austausch treten, der weit über eine rein quantitative Fixierung von Raumprogrammen hinausgeht. Ein produktiver Dialog kann nur gelingen, wenn beide Seiten sich über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede ihrer Sprachen austauschen und verständigen. Im Folgenden werden dazu Begriffspaare benannt, die in beiden Disziplinen benutzt werden und zentrale pädagogische beziehungsweise architektonische Qualitäten beschreiben. Mit ihnen können viele räumliche Situationen präzise beschrieben und spezifisch justiert werden. Entscheidend ist die damit verbundene Denkweise: Alle Qualitäten haben immer zwei Seiten, die in jedem konkreten Fall neu miteinander in Beziehung und in Balance zu setzen sind. Im Folgenden wird dies anhand der Begriffspaare flexibel/fest und offen/geschlossenen exemplarisch gezeigt.¹



Flexibel und Fest

Im Unterricht – sowohl in der Einzelstunde wie am Unterrichtstag insgesamt – müssen Lernformationen zügig und unaufwendig wechseln können.

Gleichzeitig gilt: Die Schüler/innen brauchen einen Rahmen und Sicherheit gebende, konzentrierende Ordnungshilfen für ihre Arbeit. Die Lehrer/innen haben knappe Zeitressourcen, von denen sie nur wenige für den temporären Umbau der Klassenzimmereinrichtung einsetzen können.

Der Wunsch nach größtmöglicher Flexibilität birgt die Gefahr, dass reine Funktionsräume entstehen – Behälter ohne »Gesicht« und mit geringen gestalterischen Qualitäten. Gleichzeitig gilt aber auch: Nutzungszuweisungen an Räume im schulischen Alltag sind fast immer zeitlich begrenzt. Sie beschreiben eher eine Art »Aggregatzustand« als eine permanente Funktionszuweisung. So muss der Unterrichtsraum genauso als Ort der Instruktion und Recherche fungieren wie zum Präsentieren – und gegebenenfalls sogar zum Rückzug geeignet sein. Ähnliche Überlagerungen

ergeben sich für fast alle Räumlichkeiten – Wandelbarkeit wird ein zentrales Kriterium für räumliche Qualität. Damit ändert sich der Blick auf Architektur: Jenseits von Repräsentationsqualitäten rücken handlungsorientierte Kriterien in den Vordergrund. Der Schulraum wird darum künftig noch mehr zum Umbauraum. Seine Anpassungs- und Aneignungsfähigkeit macht ihn auch für Lernformen nutzbar, die heute noch nicht im Fokus der Diskussion stehen. Das Kriterium der Wandelbarkeit betrifft zunächst Ausstattung und Raumzuschnitt. Wenn ein Lernraum für unterschiedliche Lernsituationen geeignet sein soll, so ist eine Mindestgröße erforderlich. Zudem müssen Möbel flexibel, unaufwendig und auch für Kinder und Jugendliche leicht umzustellen sein, Wände vielfältig beispielbar sein etc. Mit diesen Qualitäten werden im architektonischen Diskurs Begrifflichkeiten wie »Werkstatt« und »Bühne« eng verbunden. Sie beschreiben die Idee von Räumen, die als Gerüst fungieren: Sie definieren einen klaren Rahmen und prägen ein konsistentes Erscheinungsbild, das aber dennoch durch die Nutzer/innen selbst gestaltet, bestückt und »programmiert« werden kann. Es geht dabei um die Dialektik zwischen einer Stabilität des Rahmens und der Flexibilität der Teile, um die Festlegung einer Ordnung für größtmögliche Freiheit.

Offen und Geschlossen

Schüler/innen sollen in offenen Lernsituationen selbstständig arbeiten können (zieloffen/methodenoffen/materialoffen etc.).

Gleichzeitig benötigen Schüler/innen Führung und Kontrolle, um sich angesichts der Unübersichtlichkeit der Welt nicht zu »verirren«.

Diese Anforderungen bilden sich auch in der Architektur ab – etwa an der Schnittstelle Klassenraum/Flur: War mit dem Vor-die-Tür-Stellen früher ein Akt der Ausgrenzung und Disziplinierung verbunden, so wird der Bereich vor der Tür zukünftig ein optional

zuschaltbarer Arbeits- und Aufenthaltsraum. Die Herausforderung liegt darin, eine dosierbare Durchlässigkeit von einem Ort zum anderen zu schaffen. Wie viel Transparenz ist erforderlich, um die Sichtkontrolle durch den/die Lehrer/in sicherzustellen, wie viel »Fassung« (im Sinne von Uneinsehbarkeit, Störungsfreiheit) braucht der Unterrichtsraum? Auch: Wie viel akustische Trennung ist zwingend erforderlich?

Das Spektrum der Offenheit reicht von der offen stehenden Tür über die Glastrennwand, die über Vorhänge oder Jalousien auch geschlossen werden kann, bis hin zum offenen Raum, in dem nur ein Möbel den Übergang definiert. Der Raum legt damit einerseits fest, schafft eine Zonierung, bietet aber auch Schaltoptionen. Die Nutzer/innen können entscheiden, wann und wie viel Offenheit besteht, wann Abgeschlossenheit erforderlich ist, wann ein/e Schüler/in in die Selbstständigkeit entlassen wird, wann ein/e Lehrer/in kontrollierend interveniert etc. Solche Lösungen erlauben je nach Situation ein veränderbares, durch die Nutzer/innen dosierbares Maß von »offen« oder »geschlossen«.

Wandelbarkeit und Flexibilität bedeutet hier nicht ein beliebiges »anything goes«, sondern das Bereitstellen vielfältiger Wahloptionen. Durch ein differenziertes und präzises Raumangebot sollen bei den Nutzerinnen und Nutzern Auswahlentscheidungen forciert und die Kombinationskreativität herausgefordert werden. Schüler/innen und Lehrer/innen müssen lernen, das Wechselspiel von Geschlossenheit und Offenheit pädagogisch konsequent zu nutzen – manchmal auch durch ein gezieltes Uminterpretieren der ursprünglichen Nutzungsbestimmung.

RÄUME

Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die räumliche Gestalt? Historisch sind viele der damit verbundenen Forderungen keineswegs neu. Bereits in den Anfängen des vergangenen Jahrhunderts wurde in verschiedenen reformpädagogischen Bewegungen einiges vorgedacht, manches während der Aufbruchzeit nach

dem Zweiten Weltkrieg auch realisiert. Auch die Schulbauphase der 1970er Jahre hat sich intensiv mit der Umsetzung der folgenden Themen auseinandergesetzt. Erst jetzt zeichnet sich jedoch ein Umdenken ab, das auch in der Breite und bis in die öffentlichen Richtlinien hinein Umsetzung findet. Im Folgenden werden grundsätzliche Aspekte der Veränderung zusammengefasst.

Vom Klassenraum zum Lernort

Separations- vs. Integrationsmodell

Die Diskussion um räumliche Organisationsmodelle für die Unterrichtsbereiche in Schulen bewegt sich von zwei Grunddispositionen aus: dem Separations- und dem Integrationsmodell. Sie haben auch räumliche Konsequenzen.

Das **Separationsmodell** stützt sich auf drei verschiedene Grundverständnisse von Separation, die gemeinsam auftreten oder auch kombiniert werden:

- Verzicht auf die durchgängige Rhythmisierung des »Ganztags« und Beibehaltung der Aufteilung in morgendliche Unterrichtseinheiten und nachmittägliche Freizeitbetreuung in getrennten Räumlichkeiten.
- Vollständige Trennung von Lehrer- und Schülerterritorien außerhalb der Unterrichtszeiten.
- Differenzierung einer heterogenen Schülerschaft in getrennten Gruppenräumen; der zusätzliche Flächenbedarf, der mit der Forderung nach einer inklusiven Schule einhergeht, wird in entsprechenden Spezialräumen umgesetzt.

Beim **Integrationsmodell** schließen sich zwei bis sechs Klassen/ Lerngruppen zusammen, jahrgangswise oder auch jahrgangsübergreifend. Alle Unterrichtsräume mit den dazugehörigen Differenzierungsflächen werden mit Aufenthalts-, AG- und Ruhebereichen für den Ganztags zu einer identifizierbaren Einheit zusammengefasst. Arbeitsplätze für Lehrer/innen (Teamstützpunkte) sowie Lager und Sanitärbereich sind im Cluster integriert. Die Begleitung der Schüler/innen erfolgt gleichermaßen durch Lehrer/innen und pädagogisches Fachpersonal.



Separationsmodell:
Ganztagsbereich im Anbau

Integrationsmodell:
Ganztagsbereiche in den Lernorten

Das Separationsmodell liegt zurzeit noch vielen Schulen nahe: Zum einen kommt es der gegenwärtigen Übergangsform des »offenen Ganztags« entgegen, zum anderen schließt es direkt an die herkömmlichen (aber nicht mehr zeitgemäßen) Rollenmuster des Lehrerstandes und des sonderpädagogischen Fachpersonals an. Hier zeichnet sich jedoch ein grundlegender Wandel ab. Denn erst mit der unmittelbaren Verschränkung von intentionalem und nicht-intentionalem Lernen im Integrationsmodell ist der eigentliche pädagogische Mehrwert des Ganztags erreichbar. Gleichzeitig ergeben sich erhebliche Synergie- und Einsparungseffekte bei der Raumbedarfsplanung, da Unterrichts- und Ganztagsbereiche wechselseitig genutzt werden können.

Cluster

Für Clusterlösungen gibt es vielfältige architektonische Formen. Alle Clustermodelle versuchen, unter Einbeziehung von Verkehrsflächen möglichst wirksam auf die Anforderung zu reagieren, dass jederzeit ein fliegender Wechsel zwischen Einzel-, Kleingruppen- und Großgruppenarbeit möglich sein muss. Sichtverbindung bei weitgehendem Schallschutz ist zu gewährleisten. Einbezogen sein sollen darüberhinaus ein Lehrerstützpunkt, eine Sanitäreinrichtung und im Idealfall ein eigener Außenbereich oder mindestens Außenzugang.

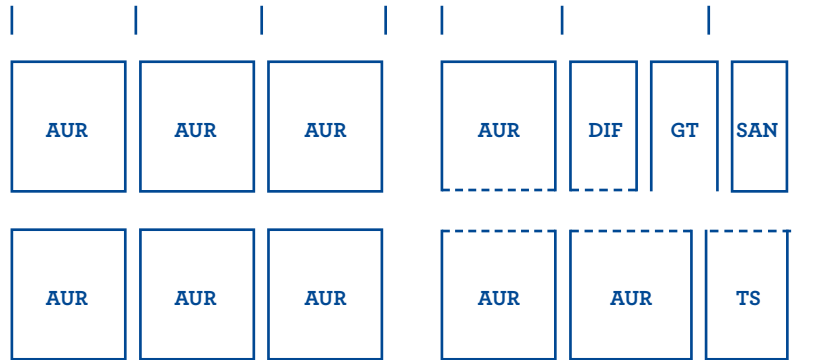
Der Cluster ermöglicht es, im unmittelbaren Unterrichtsumfeld unterschiedliche Raumsituationen anzubieten. Verbundstrukturen sind aufgrund der Raumvarianz in hohem Maße an veränderte Anforderungen anpassbar. Die Kombinationsmöglichkeiten sind umfangreich. Diese Anpassungsfähigkeit ist besonders relevant, da heute nicht exakt absehbar ist, was morgen für eine zeitgemäße Pädagogik erforderlich sein wird.

Aktivierung von Erschließungsbereichen

Die Aktivierung der Erschließungsbereiche ist eine zentrale Ressource für die Nachhaltigkeit eines Schul(um)baus. Entgegen der oft formulierten Meinung sind trotz vorhandener Brandschutzauflagen in Fluren Gestaltungsmöglichkeiten vorhanden – sie müssen keine »verlorenen Flächen« sein. Wenn die kategoriale Trennung zwischen »Unterricht« und »unterrichtsfrei« an Trennschärfe verliert, entstehen Übergangszonen, die aus der Nutzung im Schulalltag zu definieren und zu gestalten sind.

Qualifizierung sensibler Nebenflächen

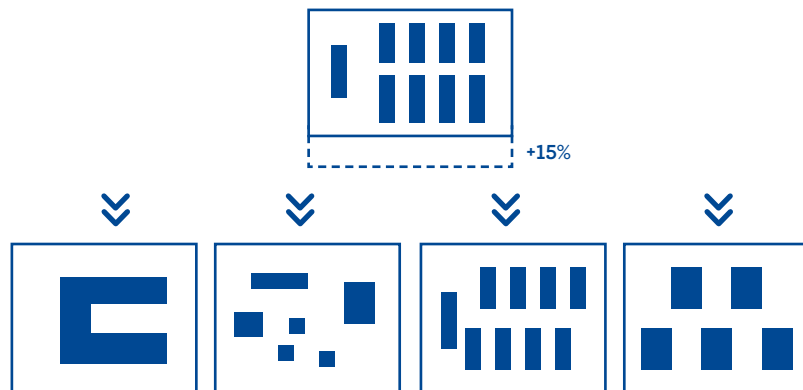
Zentrale Sanitäreinrichtungen für die ganze Schule sind in vielen Schulen pädagogisch kaum beherrschbare Unorte und für viele Schüler/innen angstbesetzt. Toilettenanlagen sind daher in überschaubarer Größe dezentral – am besten innerhalb der Cluster – zu platzieren, sodass von den »Bewohner/innen« eine klare Verantwortungsübernahme möglich ist. In Finnland hat sich eine einfache Lösung bewährt, um Vandalismus und Mobbing in Toilettenanlagen vorzubeugen: Es gibt keine Anlagen mehr, sondern nur noch Einzeltoiletten, die direkt vom Flur aus zugänglich sind. Viele Projekte zeigen auch den Stellenwert einer qualitativvollen Gestaltung: Sie ermöglicht die Wertschätzung auch für diese Räume und schützt sie vor Verwahrlosung. Partizipation der Schüler/innen bei der Gestaltung erhöht auch hier die Akzeptanz.



Linearität und Reihung
in der »Flurschule«

Cluster groß:
Umwandlung mehrerer Klassenräume
zu Flächen für Differenzierung,
Teamstation, Ganztag, Sanitär etc.;
Qualifizierung der Erschließungsflächen

AUR Allgem. Unterricht **AUF** Aufenthalt **GT** Ganztagsbetreuung
DIF Gruppenarbeit **SAN** Sanitär **TS** Teamstation



Das Klassenzimmer als multioptionale Bühne:
10–15 Prozent mehr Fläche – Vervielfältigung der Nutzungsmöglichkeiten

Neue Raumoptionen durch mobile Ausstattung

Ein moderner Lernalltag macht die Unterrichtsfläche zum permanenten Umbauort. Bei dem notwendigen Methodenwechsel und der vielfältigen Rhythmisierung zwischen Lernen und Entspannung muss die räumliche Situation innerhalb weniger Minuten veränderbar sein – vom Stuhlkreis zur Vierer-Gruppenarbeit, von der zentrierten Vortragsformation zur Einzelarbeit am Rande. Die Nutzer/innen selbst werden in diesem Prozess zu »Raum-Monteuren« und verändern die Raumsituationen durch das Arrangement von Tischen und Stühlen. Die Ausstattung sollte mobil, vielfältig kombinierbar und robust sein. Mehr Mobilität macht auch ein entsprechend klares pädagogisches Rahmenkorsett erforderlich, um Unübersichtlichkeit zu vermeiden.

Licht, Luft und Akustik

Gute Licht- und Luftverhältnisse müssen genauso selbstverständlich werden wie eine entsprechende Akustik. Viele bestehende Gebäude verfügen bislang nicht über hinreichende Qualitäten. Siehe dazu auch These 7 auf S. 23f.

Vom Lehrerzimmer zu Teamräumen und Lehrerarbeitsplätzen

Die neuen Anforderungen an den Arbeitsplatz der Lehrer/innen können durch das klassische zentrale Lehrerzimmer allein nicht mehr abgedeckt werden. Vielmehr bedarf es der räumlichen Differenzierung von verschiedenen Funktionen:

- Kommunikation
- Konferenz
- Besprechung
- Individuelle Arbeitsplätze
- Rückzugsorte und Ruheräume

Mehrere wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass ein angemessener Arbeitsplatz ein aktiver Beitrag zur Gesundheitsförderung der Lehrer/innen ist und die Fehlzeiten nennenswert reduziert werden können.

Vom Fachraum zum Mehrzweckraum

Für Fachräume stellt sich – wie für die »normalen« Unterrichtsflächen – die übergeordnete Frage, wie Ausstattungserfordernisse so variabel gestaltet werden können, dass eine Vielzahl von Lernformationen möglich ist. Wie können die Räume einem möglichst breiten Nutzerkreis zur Verfügung gestellt werden und so möglichst selten leer stehen? Die Forderung nach Flexibilität und Mehrfachnutzung betrifft sowohl die »harten« naturwissenschaftlichen Funktionsräume als auch andere Spezialräume.

Trotz der Tendenz zum variabel einsetzbaren Mehrzweckraum werden auch weiterhin ausstattungsintensive Spezialräume benötigt werden, zum Beispiel ein Musikraum mit besonderer Schallisolierung, technische Werkstätten für Holz, Metall, Keramik/Töpferei, Elektronik. Im Rahmen von Ganztag und Inklusion erhalten sie sogar zusätzliches Gewicht.

Von der Bibliothek zum Selbstlernzentrum

Moderne Schulbibliotheken sind heute Lese- und Lern-»Labore«. Der Bedeutungswandel manifestiert sich auch in deren Umbenennung in »Selbstlernzentrum« (»Lernatelier«, »Lernbüro« oder schlicht »Informationszentrum«). Arbeits- und Internetplätze dienen als Rechercheorte, ermöglichen selbstbestimmtes, individuelles Lernen und fungieren idealerweise als ein zum Lesen und Lernen anregender Kommunikationsort. In unterrichtsfreien Zeiten kann die Bibliothek auch zum Veranstaltungsort umgenutzt werden.

Von der Aula zum Marktplatz

Schule soll eine »Demokratie im Kleinen« sein. Das kann sie nur, wenn sie auch räumlich einen Mittelpunkt als Ort des Austauschs hat, an dem sich die ganze Schulgemeinde versammeln kann. Entsprechend wird die Aula immer mehr zum Alltagsraum – und damit eher Kommunikations- als Repräsentationsort. Bewährt hat sich eine Auslegung des Raums als großer Multifunktionsraum mit hohem Nutzfaktor: Versammlungen, Veranstaltungen, Bühnenausstattung, Ausstellungen und Feste.

Vom Speiseraum zur Mensa+

Eine Mensa dient zu mehr als nur zur Nahrungsaufnahme: Sie ist ein wichtiger Treffpunkt und ein Kommunikationszentrum im schulischen Leben.

Für die Planung der Küche gibt es unterschiedliche Kriterien, die zu beachten sind. Zu präferieren ist aus ernährungsphysiologischen Gründen ein Frischküche-Modell, es sei denn, das Essen wird schulnah zubereitet und kann ohne Qualitätseinbußen und ohne erneutes Aufwärmen in der jeweiligen Schule ausgegeben werden. Für die Qualitätssicherung des Essensangebotes haben inzwischen fast alle Bundesländer Beratungsstellen gegründet.

In manchen Beispielen wird die Mensa als elementarer Baustein des pädagogischen Konzepts im Bereich »Ernährung und Gesundheit« erachtet. Schüler/innen sind – zum Beispiel in Form einer Schülerfirma – direkt in den Prozess des Essenkochens, der Essensausgabe und der Geschirrrücknahme eingebunden und lernen hier den gesunden Umgang mit Lebensmitteln. In anderen Fällen wird durch die Kooperation mit Eltern sowie Schülerinnen und Schülern erst eine Frischküchenlösung ermöglicht. Es gibt aber auch dezentrale Versorgungslösungen; dabei wird bewusst auf eine Mensa verzichtet und im Klassenverband gemeinsam gegessen. Die Schüler/innen entwickeln eine Esskultur mit festen Ritualen – und die Klassenlehrer/innen, denen das gemeinsame Essen im Deputat angerechnet wird, haben Zeit und Raum für den persönlichen Kontakt zu ihren Schülerinnen und Schülern.

Von der Turnhalle zum Bewegungszentrum

Sport und Bewegung sind besonders für das körperliche, geistige und seelische Wohlbefinden der Schüler/innen von grundlegender Bedeutung. Bewegungsmangel, abnehmende körperliche Fitness und immer mehr Übergewichtige sowie ein Anstieg chronischer Krankheiten im Kindes- und Jugendalter werden in der Fachwelt und in der Öffentlichkeit seit Jahren besorgt diskutiert. Aufgrund konkurrierender Freizeitaktivitäten und fehlender Bewegungsanreize in ihrem Lebensumfeld nimmt die Motivation vieler junger Menschen immer mehr ab, sich zu

bewegen. Selbst beliebte Trendsportarten erreichen in der Regel nur einen kleinen Anteil der Jugendlichen. Deshalb braucht jede Schule auch weiterhin eine Turnhalle: Für unersetzliche Mannschaftssportarten, als Bewegungs- und Trainingsraum in vielfältigen Varianten. Als hoch flexible Räume sind Sporthallen für ganz unterschiedliche Sportarten nutzbar. Die kostensparende Co-Nutzung durch Sportvereine in den Nachmittags- und Abendstunden ist vielfach genauso eingeübte Praxis wie die Nutzung der Räume durch unterschiedliche Schulen.

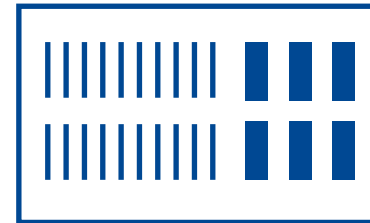
Vom Pausenhof zum Lebensort

Schulhöfe sind bedeutsame Lern- und Lebensräume im Schulalltag: als Bewegungsraum, kommunikativer Treffpunkt, Ruhezone, Natur- und Verkehrsraum. Mit diesen Funktionen sind ganz unterschiedliche, manchmal auch konkurrierende Nutzungsanforderungen verbunden. Entsprechend vielfältig ist das Spektrum der Gestaltungskonzepte – es reicht von der multifunktionalen Plattform, die sich an urbanen Platztypologien orientiert, über Sport- und Spielflächen bis hin zum naturnah gestalteten Biotop.

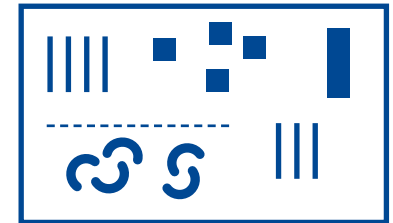
Besondere Bedeutung hat der Außenraum unter den Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit. Der Kriterienkatalog reicht dabei von Fragen der biologischen Vielfalt über Klima und Recycling, Regenwassermanagement und Versiegelungsgrad, Partizipation bis hin zur Gebrauchsqualität und dem Landschaftsbild.

Angesichts gängiger Empfehlungen für die Bemessung der Pausenfläche von mindestens fünf Quadratmetern pro Schüler/in ist festzuhalten, dass viele innerstädtische Standorte diese Erfordernisse zurzeit nicht erfüllen.

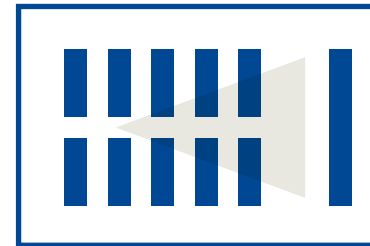
Schulerweiterungen (z. B. für den Ganztagsbereich) entstehen heute in bereits hoch verdichteten Bereichen – Schulhöfe weichen entsprechend auf das Dach aus oder öffentliche Parkanlagen werden als Freiraum mit einbezogen. Diese Überlagerung der Funktionen ist für viele Beteiligte ungewohnt. Die Vorstellung klar getrennter Freibereiche ist in der Öffentlichkeit genauso wie bei Lernenden



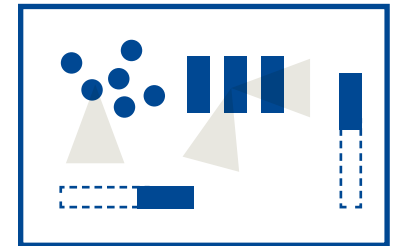
Von der klassischen Bibliothek mit Regalen und Lesebereichen ...



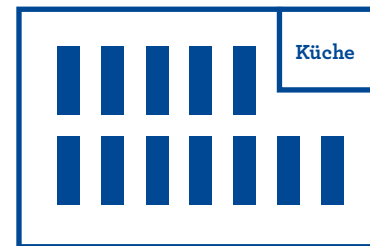
... zum vielfältigen Selbstlernzentrum mit unterschiedlichen Medien und Lese- und Aufenthaltsorten



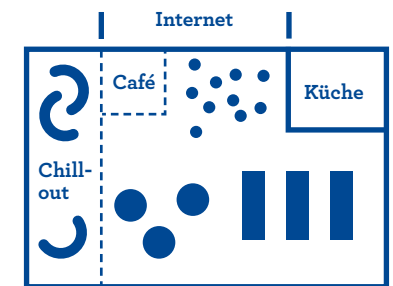
Von der bühnenbestimmten Aula mit Festlichkeitsaura ...



... zum vielfältig nutzbaren Versammlungs- und Marktplatz



Von der Mensa als Essensausgabeort ...



... zum Treffpunkt Mensa mit differenziertem Essensangebot, unterschiedlichen Sitzbereichen, Cafeteria, Chill-out-Bereich, Internetcafé ...

und Lehrenden noch stark verankert. Dafür werden nicht nur Sicherheits- und Haftungserwägungen angeführt, sondern auch der nachvollziehbare Wunsch nach einem ablesbaren und identifizierbaren Territorium für die Freiraumnutzung der Schule. Dieses Bild steht dabei aber durchaus in Widerspruch zu den Lebensgewohnheiten heutiger Kinder und Jugendlicher, die sich völlig selbstverständlich im öffentlichen Raum einer Stadt bewegen. Es ist schlicht eine Frage der Güterabwägung: Wird Fläche für den Bewegungsdrang der Schüler/innen gewonnen, die andernfalls gar nicht zur Verfügung stände? Und: Nicht selten können erst über die Doppelnutzung Flächen im innerstädtischen Bereich wieder qualifiziert werden, weil eine effektive Nutzungsdauer erreicht wird und so eine Investitionsbereitschaft besteht. Die potenziellen Nachteile lassen sich ausgleichen – zum Beispiel durch die Festlegung von klaren Nutzungszeiten für Schulen, mittels Freiraumbetreuung durch geschultes pädagogisches Personal oder durch die Kooperation von Schule und Stadtteil etc.

Von der Schule zum Bildungs- und Nachbarschaftszentrum

Schulen sind ein selbstverständlicher Teil der kommunalen Bildungskette. Sie werden sich künftig noch stärker als bisher mit anderen Bildungs- und auch Freizeitangeboten verschränken. Waren es früher nur die Volkshochschule, die auch Räume in der Schule nutzte, und der Verein, der auch in der Sporthalle trainierte, so wird es künftig mehr und institutionalisierte Verschränkungen zwischen schulischen und außerschulischen Bildungsorten geben. Umgekehrt baut die Schule externe Lernorte aus dem unmittelbaren Umfeld der Schule in ihr hauseigenes Curriculum systematisch ein. Für die teilöffentliche Nutzung von schulischen Bereichen ist es grundlegend, dass sie extern und separat erschlossen werden können und klare Grenzen im Übergang von öffentlicher und rein schulischer Nutzung ablesbar sind.

Von der Halbtags- zur Ganztagschule

Der Ganztag verändert nicht nur Aktivitäten und ihre Rhythmisierung. Auch das Raumangebot einer Schule muss auf die erweiterten Bedarfe der Nutzer/innen eingestellt werden. Dabei gilt es vor allem, verschiedene Funktionen qualitativ abzudecken. Im Rahmen einer vielfältig interpretierbaren Raumkonstellation sind so viele Lösungen denkbar und nicht für jede Funktion wird auch ein eigener Raum benötigt: Essen und Trinken, sich mit anderen treffen, sich bewegen, sich zurückziehen/ausruhen/nichts tun, Hausaufgaben erledigen, ausprobieren/herstellen/gestalten, darstellen/zeigen/vorführen, Feste feiern, sich Hilfe einholen, sich unter Lehrerinnen und Lehrern treffen etc.

Von der getrennten Schulform zur inklusiven Schule

Mit dem Übergang von einem getrennten Förderschulsystem zur inklusiven Schule sind besondere Flächen und Räume für Schüler/innen mit speziellen Bedarfen einzuplanen – ob im Umbau oder im Neubau. Das Bereitstellen der entsprechenden Räume ist Voraussetzung dafür, dass Inklusion sinnvoll umgesetzt werden kann. Dabei ist von vornherein zu vermeiden, dass die alte Systematik der Separation in neuer Form wieder in der Regelschule eingeführt wird, indem durch entsprechende räumliche Trennung eine neue heimliche Förderschule in der Regelschule entsteht. Die räumliche Organisation von Inklusivräumen sollte nicht neue interne Barrieren aufbauen, sondern selbst inklusiv wirken. Sie kann als Lösung innerhalb des Klassenraums, im Cluster, im Haus, im Freiraum oder gegebenenfalls sogar extern umgesetzt werden.

4

PROZESS UND BETEILIGUNG

Welche Faktoren wirken in einer integrierten Schulbauplanung zusammen? Wer sind die wichtigsten Akteurinnen und Akteure? Und wie lässt sich der Prozess so gestalten, dass belastbare Grundlagen für alle weiteren Schritte gelegt werden? Im Folgenden werden Voraussetzungen für eine gut abgestimmte Planung skizziert. Dabei wird besonders die frühe Planungsphase Null als Ausgangspunkt für ein erfolgreich umgesetztes Schulbauprojekt hervorgehoben.

Standardisierung und Individualisierung

Der Schulbau war in den letzten 100 Jahren durch ein fortwährendes Wachstum geprägt. Schulgebäude wurden in der Regel nicht als Unikat, sondern eher als optimiertes Serienprodukt verstanden. Mit dieser Vorstellung einher ging die Idee eines universellen und übertragbaren Bedarfsprofils, in dem sich Schulgebäude lediglich nach Schulformen unterscheiden. Dabei bedingten sich die Vorstellung generalisierbarer Serienprodukte einerseits und eine Vielzahl von Vorschriften und Musterraumprogrammen andererseits wechselseitig – und sicherten sich gegenseitig ihre Daseinsberechtigung. Obwohl es dabei immer wieder herausragende architektonische Beispiele im Schulbau gab, dominierten stereotypische Lösungen – Schulbau als Massenware. Diese Tradition wirkt bis heute – obwohl sich in den letzten 20 Jahren Wesentliches verändert hat: Schulbau ist aufgrund der veränderten demografischen Grundlagen vielerorts kein Wachstumsmodell mehr, sondern in erster Linie eine Umstrukturierungsaufgabe. Anpassung und Umbau stehen heute im Vordergrund – mit großen regionalen Unterschieden. Von Schulen wird eine individuelle pädagogische Profilierung erwartet.

Die damit einhergehende schulspezifische Ausdifferenzierung der pädagogischen Konzepte macht eine Bedarfsanalyse für jeden Standort erforderlich – räumlich und pädagogisch.

Wenn Schulen individueller und spezifischer werden, erfordert das auch einen veränderten Planungsprozess: Neben Musterraumprogrammen und Referenzprojekten bedarf es zu Beginn einer passgenauen – nicht nur quantitativen – Bedarfsanalyse vor Ort gleichermaßen wie der Phase Null, in der die Grundlagen definiert werden, wie sich die jeweilige Schule konkret entwickeln kann und soll.

Vor diesem Hintergrund werden die kommunale Verantwortung und auch die Erfordernis von Kompetenzen jenseits von Standardkonzepten und Richtlinienmaßgaben auf lokaler Ebene zunehmen. Dies verlangt nach einer Verlagerung der Aufmerksamkeit von der Durchsetzung allgemeiner Standards auf die individuelle Planung spezifischer Standorte.

Prozessstruktur und Beteiligung

Wenn passgenau Bedarfe erhoben werden sollen, müssen die Nutzer/innen mit an den Planungstisch. Was sich wie eine Selbstverständlichkeit anhört, ist in der Realität bislang keineswegs gewährleistet. Vielerorts werden auch heute noch Schulen ohne reale Nutzerbeteiligung und ohne ein spezifisch abgestimmtes Raumprogramm gebaut und umgebaut.

Im Folgenden wird der Planungsprozess daher mit besonderem Fokus auf die frühe Phase der Projektentwicklung dargestellt, wie er inzwischen in fast allen Planungsbereichen üblich ist – im Bürobau genauso wie beim Wohnungsbau, bei großen Kulturbauten und bei Infrastrukturprojekten. Genaue Nutzeranalysen und eine exakte Begutachtung der städtebaulichen Situation dienen dort ebenso wie eine spezifische Bedarfsplanung mit einem klaren Kostengerüst als unabdingbare Grundlage für den Erfolg eines anstehenden Bauvorhabens.

Wenn die kommunalen Schulträger die Nutzer/innen vor Ort einbinden, lässt sich damit eine bessere Qualität und eine höhere Identifikation mit dem Gebauten erreichen. Sind die Rahmenbedingungen für alle Beteiligten transparent, werden von Seiten der Schulen Anforderungen mit Augenmaß gestellt. Durch die Partizipation der Nutzer/innen kann ein präzises, projektbezogenes Raumprogramm erarbeitet werden, das die Nachhaltigkeit der getätigten Investitionen stärkt – was sich auch auf den Betrieb der Immobilie erstreckt und in Anbetracht der Lebenszyklusbetrachtung eine zunehmend bedeutsame Dimension bei Investitionsvorhaben darstellt.

Akteurinnen und Akteure – Entscheidungsträger/innen

Die öffentlichen Bereiche »Schule« und »Bauen« sind beide von komplexen Verwaltungs-, Evaluations- und Entscheidungsstrukturen bestimmt. Wird eine Schule saniert, modernisiert, um- oder neu gebaut, sind daran ganz unterschiedliche Akteure/Akteurinnen

oder Parteien beteiligt. Sie formulieren berechtigte Ansprüche an das gemeinsame Vorhaben, erfüllen spezifische Aufgaben und unterliegen dabei bestimmten Hierarchien und Zwängen. Meist bewegen sie sich in den ihnen abgegrenzten Argumentationsräumen und sektoralen Begründungszusammenhängen.



Vier wesentliche Akteursgruppen bestimmen den Entwicklungsprozess eines Schulbaus.

Schule: Die Schulen als Nutzerinnen setzen sich aus unterschiedlichen Interessensgruppen zusammen. Die Zielsetzungen von Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern, Schulleitung und Eltern differieren nicht selten erheblich und machen daher eine interne Abstimmung erforderlich.

Politik: Bauherrin und Auftraggeberin für Bauten öffentlicher Schulen ist die Stadtgesellschaft. Sie wird repräsentiert durch die Kommunalparlamente – in der Regel den Schulausschuss. Dieser wird unterstützt durch die Verwaltung, in diesem Fall insbesondere die Schulverwaltung.

Verwaltung: Die Aufgabe »Schulbau« unterliegt in der Verwaltung einem komplexen Verantwortungsgeflecht zwischen Ländern und Kommunen. Bildung ist nach dem föderalen Selbstverständnis in Deutschland Ländersache – entsprechend variieren je nach Bundesland auch die Verwaltungsvorschriften. Durchgängig zeigt sich aber, dass Umstrukturierungen in der Administration in jüngster Zeit neue Handlungsoptionen auf kommunaler Ebene eröffnen.

Planung: Die Bauherrenvertretung übernimmt in der Regel das kommunale Hochbauamt beziehungsweise die entsprechende Gesellschaft in kommunaler Trägerschaft (Gebäudewirtschaft, Immobilienwirtschaft etc.). Entwurf und planerische Begleitung bis zur Fertigstellung wird oft externen Architekturbüros übertragen; aufgrund der Personaleinsparungen in der öffentlichen Verwaltung werden diese Aufgaben immer seltener von kommunalen Hochbauämtern übernommen.

Unabhängig davon, wer die Planung erarbeitet – als Grundlage wird ein belastbares Anforderungsprofil und Raumprogramm benötigt. Um Aufgabenbeschreibungen für die jeweilige Schule zu profilieren, ist es für die Projektentwicklung und -steuerung sinnvoll, ein interdisziplinäres Fachteam, bestehend aus Pädagoge/Pädagogin und Architekt/in, einzubinden. In einem dialogischen Planungsprozess zwischen Pädagogik und Architektur, zwischen Schule, Verwaltung und Politik, können die Nutzungsbedarfe und -potenziale definiert werden.

Die Aspekte des Brandschutzes und der Sicherheit sollten dabei rechtzeitig mit dem zuständigen Unfallversicherungsträger und der Brandschutzdienststelle erörtert werden.

Planungsabläufe und Phase Null

Jedes (Schul-) Bauprojekt durchläuft ähnliche Phasen der Planung und Umsetzung. Dennoch ist jedes Projekt anders: Jedes Land, jede Stadt und jede Schule hat ihre eigenen Strukturen, Funktionsweisen

und Rahmenbedingungen. Zu den Faktoren, die Entscheidungsprozesse in einem Projekt beeinflussen, gehören neben den faktischen Rahmenbedingungen vor Ort zum Beispiel auch die Landespolitik, die Kommunalpolitik beziehungsweise die politische Zusammensetzung und Struktur der kommunalen Entscheidungsgremien, die Baugesetzgebung des Landes wie etwa auch die Brandschutzbestimmungen, die Vorschriften der gesetzlichen Unfallversicherung und nicht zuletzt Schulentwicklungs- und Musterraumprogramme. Diese Faktoren müssen bedacht werden, wenn zu Beginn des Projektes eine gute Planung der einzelnen Phasen und Entscheidungsschritte gewährleistet sein soll.



Phase Null: Zu Beginn des Planungsprozesses erfolgen die zentralen Weichenstellungen für das gesamte Projekt.

Die Phase Null ist die entscheidende Phase zu Beginn des Planungsprozesses. In ihr werden alle wichtigen Weichen für den Bauprozess gestellt. Wenn alle beteiligten Gruppen – Pädagogik, Architektur, Politik und Verwaltung – in dieser frühen Phase bereits eng zusammenarbeiten und ihre gegenseitigen Anforderungen aufeinander abstimmen, ist eine belastbare Grundlage für ein erfolgreiches Projekt gelegt.

Während zu Beginn der Phase Null der Schwerpunkt auf der Überprüfung des pädagogischen Konzepts und der damit einhergehenden Festlegung der Nutzerbedarfe liegt, verschieben sich die Leistungsschwerpunkte immer weiter in Richtung räumliche Planung/Architektur.

Da die Phase Null nicht Teil der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) ist, muss sie extra budgetiert werden. Die Kosten übernehmen in der Regel die Kommunen, die durch diese Investition beim späteren Bau und Betrieb der Schulen von erheblichen Einsparungen profitieren.

Entscheidungsprozesse

Jeder Schulbauprozess hat verschiedene Phasen, an deren Übergängen Entscheidungen und Beschlüsse zu treffen sind. Je komplexer ein Projekt, desto komplexer auch die Beziehungen und Abhängigkeiten der Entscheidungsstationen im Prozess. Wenn der Ablauf möglichst reibungslos stattfinden soll, muss von Anfang an Klarheit bestehen über alle Entscheidungsstationen sowie die entsprechenden Verantwortlichkeiten. Zu Beginn des Projekts ist festzulegen, welche Akteurinnen und Akteure in welcher Phase des Projekts an Entscheidungen beteiligt sind, wie Entscheidungsprozesse aus Pädagogik, Planung und Verwaltung koordiniert und für alle Seiten transparent gehalten werden.

Faktoren für »gute« Entscheidungen und Beschlüsse

Beschlüsse sind auf unterschiedlichen Betrachtungs- und Arbeitsebenen zu treffen und zu koordinieren:

- Bauplanung (aller Entscheidungsstationen und ihrer Abfolgen)
- Beteiligungsprozess (von Entscheiderinnen und Entscheidern, Akteurinnen und Akteuren, Öffentlichkeit)
- Information (durch aussagekräftige, gut aufbereitete Berichte und Dokumentationen sowie gezielte Nutzung interaktiver Medien)
- Moderation (durch neutrale, kompetente und von allen anerkannte Expertinnen und Experten)

Weitere Aspekte einer erfolgreichen Planung sowie konkrete Anregungen für die praktische Durchführung der Phase Null finden sich im Handbuch »Schulen planen und bauen«, S.137ff.

5

FAQ – FRAGEN UND ANTWORTEN

Welchen Stellenwert haben Bildung und Schule für die Stadt?

Schon heute hat die Bildungsversorgung für die Standortwahl von Firmen oberste Priorität. Sie ist insbesondere ein Indikator für die Rekrutierung qualifizierter Arbeitskräfte und für mögliche Kooperationen mit anderen Firmen oder Hochschulen. Auch für die Wahl von Wohnstandorten spielen das vorhandene Bildungsangebot und die Nähe von Schulen eine zunehmend relevante Rolle. Schließlich machen viele gesuchte Führungskräfte ihre Zusage für einen Stellenwechsel davon abhängig, ob ein angemessenes Bildungsangebot für ihre Kinder zur Verfügung steht. Auch hier haben diesbezüglich aktive Kommunen unter Wirtschaftsförderungsgesichtspunkten klare Wettbewerbsvorteile.

Warum muss Schule sich verändern?

Bildung ist die Basis der Wissensgesellschaft. Um allen Kindern und Jugendlichen gute Bildung zu vermitteln, braucht es eine Schule, die allen Kindern und Jugendlichen eine optimale Entfaltungschance ihrer persönlichen Potenziale bietet und zugleich auf die Bedürfnisse und spezifischen Bedingungen einer Gesellschaft ausgerichtet ist. Diese Rahmenbedingungen sind nicht mehr dieselben wie früher: Die Gesellschaft ist im Wandel, technische und wirtschaftliche Bedingungen haben sich ebenso verändert wie die gesamte Arbeits- und Lebenswelt. Um Kinder und Jugendliche auf zukünftige Herausforderungen vorzubereiten, muss auch die Schule ihre Rahmenbedingungen verändern – sowohl in Bezug auf das Lernen und Lehren als auch auf ihre baulichen und räumlichen Strukturen.

Warum sollen Schüler/innen heute anders lernen?

Früher lernten Schüler/innen, möglichst viel Wissensstoff zu speichern und wiederzugeben. Heute ist Wissen überall abrufbar. Es geht also nicht mehr darum, möglichst viel vorhandenes Wissen auswendig zu lernen, sondern vor allem darum, mit Wissen und Informationen umgehen zu lernen. Dieses Lernen ist nicht auf

Wissensreproduktion ausgerichtet, sondern auf das Erfassen von Zusammenhängen und das Lösen von Problemen. Hinzu kommen neuere Erkenntnisse aus der Lernforschung: Danach ist Lernen umso effektiver, je stärker es als konstruktiver Prozess an eigenaktive, vielfältige Tätigkeiten der individuellen Lernenden angebunden wird. Passives, rezeptives Lernen, wie es in herkömmlichen Schul- und Unterrichtsformen üblich war, gilt heute als weniger erfolgversprechend.

Warum braucht eine zeitgemäße Schule den Ganzttag?

International sind Ganzttagsschulen Standard. Sie ermöglichen Bildungsgerechtigkeit und unterstützen heute weit verbreitete Familienmodelle, in denen eine Nachmittagsbetreuung der Kinder durch Berufstätigkeit beider Eltern oder Alleinerziehung kaum noch möglich ist. Die Ganzttagsschule unterstützt, dass alle Kinder und Jugendlichen Zugang zu Bildung und angemessener Förderung erhalten. Davon profitieren nicht nur bildungsschwache Schichten – auch bildungsprivilegierten Kindern werden dadurch erweiterte Bildungschancen eröffnet.

Welche Rolle spielt Inklusion?

Schulen werden in Zukunft keine Kinder mehr ausschließen: Inklusion ist seit der UN-Konvention aus dem Jahr 2006 Menschenrecht. Die Inklusionsforderung betrifft nicht nur Kinder und Jugendliche mit besonderen Behinderungen, sondern alle Ausprägungen von Benachteiligung. Die Regelbeschulung von behinderten und anderen Kindern mit besonderen Bedarfen wird damit auch in Deutschland Realität. Dazu werden in Zukunft Veränderungen in der personellen und räumlichen Struktur von Schulen nötig sein, um ein inklusives Lernen und Lehren zu ermöglichen. Für die Gesellschaft bedeuten inklusive und fördernde Schulen langfristig erheblich geringere soziale und wirtschaftliche Folgekosten als ein Schulsystem, das Kinder aussondert.

Wie können bestehende Schulgebäude zu zukunftsfähigen Schulen umgebaut werden?

Umbaubebedarfe können zum Anlass genommen werden, auch das inhaltliche/pädagogische Konzept einer Schule zu überprüfen. Im Rahmen einer umfassenden Bestandsaufnahme werden die pädagogischen Bedarfe präzisiert und an den baulichen Möglichkeiten gespiegelt – Chancen und Grenzen werden ausgelotet, was gerade im Fall eines Umbaus von zentraler Relevanz ist. Die räumliche Struktur sollte dabei so umgestaltet werden, dass sie auf zeitgemäße pädagogische Konzeptionen eine Antwort findet und gleichzeitig Spielraum lässt für zukünftige Veränderungen.

Wie lassen sich Räume für vielfältige Lernsituationen gestalten?

Clusterartige Raumsequenzen erlauben es, durch optische Verbindungs- und akustische Trennmöglichkeiten vielfältige Raumkombinationen entstehen zu lassen: entweder durch Raumbereiche, die unterschiedlich belichtet und ausgestattet sind, oder durch kleine, geschlossene Raumboxen respektive mobile Raumzellen. Mit beweglichen Systemen können verschiedene Raumkonstellationen gestaltet, verändert und wieder zurückgebaut werden. Ein einfach umsetzbares Erweiterungspotenzial, das auch für bestehende Schulgebäude geeignet sein kann, besteht in kombinierbaren Räumen: Anstelle von (nichttragenden) trennenden Wänden oder Türen werden Doppeltüren, Schiebetüren oder größere Faltschichten vorgesehen. So lassen sich kleine Räume für temporäre Aktivitäten zu einem größeren Raum verbinden und mit wenig Aufwand kann ein evidenter Mehrwert vorhandener Räume generiert werden. Auch leicht bewegbare Elemente, die den Raum unterschiedlich gliedern, können die Nutzungsmöglichkeiten erweitern: etwa variable Möbelkombinationen oder rollbare Schränke, die bei entsprechender Oberflächengestaltung gleichzeitig eine Verbesserung der Akustik erzielen können.

Schule ist permanent im Wandel – was bedeutet das für den Schulbau?

Die planerische Komplexität von Schulen entspricht objektiven Ungewissheiten, sodass die Planung wie das Bauen von Schulen kein Ende kennen kann – im doppelten Sinn: Lehrmethoden werden ständig erneuert, was räumliche Anpassungen erfordert. Zudem ändern sich die Maßstäbe für »schön« und »hässlich«. Schulen sollen deshalb im Hinblick auf ihre Wandlungsfähigkeit geplant werden und ein Gerüst zum Weiterbauen bilden.

Verhindern Auflagen der Bauvorschriften den Bau einer offenen Schule?

Auflagen der Bauvorschriften – vor allem zum Brandschutz und zur Sicherheit – können im Widerspruch zu einer Schulbauplanung stehen, die pädagogische Innovationen umsetzen will. Das gilt besonders für die Verwirklichung polyvalenter, veränderbarer Räume, Raumabfolgen und -verbindungen. Es gibt allerdings immer die Möglichkeit, im konkreten Fall konstruktive Lösungen zu verhandeln. Die wichtigste Voraussetzung besteht in einem Planungsprozess, der zu Beginn die entsprechenden Konflikte definiert und zur Diskussion stellt. Je transparenter, nachvollziehbarer und kompetenter dieses Aushandeln stattfindet, desto wahrscheinlicher wird es, dass in möglichen Hindernissen auch eine Chance entdeckt wird. Insofern können Auflagen, die am Ende dem Schutz der Schüler/innen dienen sollen, der Anlass oder sogar die Voraussetzung sein, um notwendige Reformen und Innovationen im Schulbau konstruktiv durchzusetzen.

Wie kann die Sicherheit einer offenen Schule gewahrt werden?

Angesichts von Amokläufen oder nächtlichem Vandalismus verstärkt sich der Wunsch, Schulen (wieder) nach außen hermetisch »abzuriegeln«. Dies ist jedoch eine problematische Entwicklung: Mauern lösen die Gefährdungssituation nicht, sondern verlagern sie nur vor die Schule. Eine solche Einfriedung hat erhebliche gestalterische Konsequenzen, verändert das Lebensgefühl der Nutzer/innen (eingesperrt statt gesichert) und signalisiert nach außen: »Gäste sind nicht willkommen« – das Gegenteil einer offenen Schule. Ziel muss es vielmehr sein, die Schule so in ihrem Umfeld zu verankern, dass eine Belebung und ein gemeinsames Verantwortungsgefühl sowohl der Nutzer/innen als auch der Bewohner/innen im Umfeld die Sicherheit beider Seiten stärkt. Insofern dient eine Integration von öffentlichem Alltagsleben in den Schulbetrieb auch der Sicherheit – weit mehr als die technisch sehr aufwendigen Sicherheitssysteme. Dennoch kann absolute Sicherheit weder eine offene noch eine geschlossene Schule bieten.

IMPRESSUM

Redaktion: Eckmann & Rowley GbR, Bonn
Ralph Glaubitt, Unfallkasse Nordrhein-Westfalen

Gestaltung, Satz und Lithografie: labor b designbüro, Dortmund

Grafik: labor b designbüro, Dortmund,
nach Vorlage von Jochem Schneider

Druck: DruckVerlag Kettler, Bönen

Hinweis: Die deutsche Sprache bietet zurzeit noch keine befriedigende Lösung für eine zeitgemäße sprachliche Gleichstellung. Dennoch wird aus Gründen der besseren Gendergerechtigkeit auf die abschließliche Verwendung der männlichen Sprachform verzichtet.

Weitere Hinweise und Informationen:

www.unfallkasse-nrw.de
www.sichere-schule.de
www.lernraeume-aktuell.de

© Unfallkasse NRW 2013

Das Copyright für die Texte liegt bei der Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft und der Montag Stiftung Urbane Räume. Das Copyright für die Abbildungen liegt bei den Inhaberinnen und Inhabern der Bildrechte.

Die Texte der vorliegenden Broschüre stammen aus dem Buch »Schulen planen und bauen – Grundlagen und Prozesse«, herausgegeben von der Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft und der Montag Stiftung Urbane Räume. Die Originaltexte wurden für diesen Band stark gekürzt und redaktionell leicht bearbeitet. Ausführliche Begründungen, detaillierte Anforderungen und die erweiterten Kontexte können im Original nachgelesen werden. jovis Verlag, Berlin und Friedrich Verlag, Seelze, 2. Auflage 2012.

INHALT DES BUCHES »SCHULEN PLANEN UND BAUEN«

I Anlässe

Warum der Schulbau neue Impulse braucht

II 10 Thesen

Zentrale Herausforderungen für die Partner/innen im Schulbau

III Praxiswissen

Nutzer/innen und ihre Räume

Bildbeispiele 1

IV Prozesswissen

Stationen und Akteur/innen

Bildbeispiele 2

V Handlungswissen

Module für den Einstieg in die gemeinsame Planung

Bildbeispiele 3

VI Kontextwissen

Die 10 Thesen im pädagogischen Fachdiskurs

VII Projekte

Exemplarische Umsetzungen zwischen Städtebau, Architektur und Pädagogik

VIII FAQs

Fragen und Antworten



Das Buch liegt inzwischen in einer neuen, überarbeiteten Fassung vor: *Schulen planen und bauen 2.0 – Grundlagen, Prozesse, Projekte.* Hg. von der Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft. jovis Verlag, Berlin und Friedrich Verlag, Seelze 2017.

UNFALLKASSE NORDRHEIN-WESTFALEN

Sankt-Franziskus-Straße 146
40470 Düsseldorf
Telefon 0211/90 24-0
Telefax 0211/90 24-355